



Gemeinwohl
Querdenken
Bürgerrechte
Beteiligten
Freiheit
Motivation
Solidarität
Privatsphäre
Weltmanagement

Arena Analyse 2014

Aufstand der Werte

Im Spannungsfeld von
Sinnsuche und Pragmatismus

Walter Osztovcics
Andreas Kovar
Cornelia Mayrbäurl

Edition Kovar & Partners

Edition Kovar & Partners

Unternehmerische Entscheidungen können selten vollständig autonom gefällt oder umgesetzt werden. Anspruchsgruppen aus Politik und Gesellschaft fordern Einfluss und definieren damit Handlungsspielräume von Unternehmen und Projekten neu. Obwohl das Umfeld a priori meist nicht feindlich gesinnt ist, prallen immer wieder unterschiedliche Interessen aufeinander – mitunter zum Nachteil für die wirtschaftlichen Ziele, die Reputation und den Wert eines Unternehmens.

Erfolgreiches Public Affairs Management dient aber nicht nur der Abwehr dieser Gefahren und dem Risikomanagement. Ziel ist das Erkennen gesellschaftlicher Entwicklungen, um dieses Wissen als Grundlage für wettbewerbsfähigere Lösungen und für die Mitgestaltung politischer Entwicklungen zu nutzen.

In Mitteleuropa ist Public Affairs Management eine relativ neue Unternehmensfunktion. **Kovar & Partners** investiert daher in die Forschung und Entwicklung des europäischen Public Affairs Managements. Diesem Ziel dient auch die vorliegende Buchreihe.

In der Serie Edition **Kovar & Partners** erscheinen Publikationen zu Themen an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Bericht verwendet allein aus Gründen der leichteren Lesbarkeit durchgängig die grammatikalisch männliche Form.

Walter Osztovics, Andreas Kovar, Cornelia Mayrbäurl:
Aufstand der Werte: Im Spannungsfeld von Sinnsuche und Pragmatismus
Arena Analyse 2014

Erschienen in der Reihe Edition Kovar & Partners
Wien 2014

© Kovar & Partners
Alle Rechte vorbehalten

Printed in Austria
Satz und Layout: Kovar & Partners, Wien
Umschlag: cdc|Brandcreation, Wien
Herstellung: Druckerei Robitschek

Walter Osztovics, Andreas Kovar, Cornelia Mayrbäurl

Arena Analyse 2014

Aufstand der Werte: Im Spannungsfeld von Sinnsuche und Pragmatismus

Inhalt

	Untersuchungsdesign und Fragestellung	2
1.	Werte – eine Suchanzeige	4
2.	Politik – Gestalten statt Verwalten	12
3.	EU und Europa	19
4.	Die Hartnäckigkeit der sozialen Frage	25
5.	Wirtschaften heißt Werte schaffen	31
6.	Energiewende oder Energiekrise?	37
7.	Die Ausweitung der infrastrukturellen Macht	41
8.	Globale Fragen	45
9.	Wo bleibt das Positive?	48
10.	So what? Schlussfolgerungen und Empfehlungen	51
	Teilnehmer und Danksagung	56
	Autoren	58

Untersuchungsdesign und Fragestellung

Die Arena Analyse wird von Kovar & Partners seit 2006 jährlich durchgeführt und hat das Ziel, sogenannte Emerging Issues zu identifizieren und zu analysieren. Für ein Public Affairs Beratungsunternehmen, das wie Kovar & Partners am Schnittpunkt von Politik und Wirtschaft arbeitet, ist es unerlässlich, Instrumente der Früherkennung von politischen Entwicklungen zur Hand zu haben – vor allem, weil die Komplexität der politischen Prozesse es notwendig macht, mit der Vertretung von Interessen möglichst früh zu beginnen.

Die Methodik, die dabei zur Anwendung kommt, baut auf der Issue Theorie auf, die unter anderem besagt, dass Issues, bevor sie eskalieren, eine Latenzphase durchlaufen, in der sie den jeweiligen Fachexperten bereits bekannt sind und in Fachkreisen bereits diskutiert werden, aber noch nicht die Schwelle zur Wahrnehmung durch eine größere Öffentlichkeit oder durch die Politik erreicht haben. In dieser Phase ist es daher möglich, durch Befragung einer ausreichend großen Anzahl von Experten frühzeitig zu erfahren, welche größeren Themen unter der Oberfläche schlummern.

Das Untersuchungsdesign, das in Zusammenarbeit mit dem Markt- und Meinungsforscher Peter Hajek entworfen wurde, sieht folgende Schritte vor:

1. Befragung von Experten mit einer möglichst offenen Fragestellung, um das gesamte Feld der möglichen Issues einzubeziehen. Die Befragten kommen dabei bunt gestreut aus vielen fachlichen und gesellschaftlichen Bereichen – auch diese Streuung dient der Sicherstellung der Vielfalt.
2. Die Antworten der Experten werden gesammelt und geclustert. Dabei sollen Muster offengelegt und die ursprüngliche Komplexität reduziert werden.
3. Daraufhin erfolgt die Schluss-Auswertung. Das Ergebnis ist jener Bericht, den Sie in Händen halten.

Die Arena Analyse 2014 wurde in Kooperation mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ (Österreichausgabe) sowie der Tageszeitung „Die Presse“ durchgeführt. Sowohl „Die Zeit“ als auch „Die Presse“ veröffentlichen nach dem Erscheinen des Schlussberichts ausführliche Essays, die sich in journalistischer Form den Ergebnissen der Arena Analyse widmen.

Zu folgenden vier Fragestellungen haben wir die Teilnehmer um Ihre persönliche Einschätzung gebeten:

1. Welches sind aus Ihrer Sicht Themen, über die in den Medien derzeit noch kaum berichtet wird, die aber so wichtig oder so drängend sind, dass sie in den nächsten vier Jahren zwangsläufig öffentlich diskutiert werden? Gibt es Ihrer Meinung nach Themen, die derzeit noch nicht

- auf der politischen Agenda stehen, welche aber aufgrund ihrer Wichtigkeit dort bereits behandelt werden sollten?
2. Was sind Ihrer Einschätzung nach die konkreten Hintergründe und erkennbaren Ursachen beim jeweiligen Thema? Welcher Konflikt bzw. welche Problemstellung steckt dahinter?
 3. Welche plausiblen Szenarien können Sie sich im Zusammenhang mit den genannten Themen vorstellen?
 4. Welche künftigen Entwicklungen sehen Sie, die die bestehenden Verhältnisse zum Positiven verändern werden oder die zu Optimismus Anlass geben?

Bei allen kursiv gesetzten Passagen im vorliegenden Bericht handelt es sich um wörtliche Zitate aus den großteils schriftlichen, zum Teil auch in mündlichen Interviews gelieferten Beiträgen. Wie immer wurde den Teilnehmern an der Arena Analyse zugesichert, dass ihre Beiträge nicht namentlich wiedergegeben werden. Aus den schriftlichen oder im Wege von Interviews gelieferten Beiträgen wird daher durchgehend anonym zitiert.

1. Werte – eine Suchanzeige

Die „Süddeutsche Zeitung“, unbestritten eines der führenden Printmedium im deutschsprachigen Raum und Hüterin einer kritisch links-liberalen Blattlinie, bringt seit einigen Jahren in ihrer samstäglichen Hochglanz-Beilage eine regelmäßige Kolumne unter dem Titel „Die Gewissensfrage“. Dort beantwortet ein gewisser Dr.Dr. Rainer Erlinger Leserfragen, die moralische Konflikte betreffen. Erstaunlicherweise handelt es sich dabei keineswegs um eine Nischen-Kolumne, sondern um eine der meistgelesenen Rubriken des Blattes.

Die schiere Anzahl und die Spannweite der Fragen könnte einen ebenso schwindlig machen wie die Tatsache, dass offenbar ein großer Teil der Menschheit im Alltag ständig vor ethischen Dilemmata steht: Darf man zugunsten eines guten Zwecks (für bedürftige, aber fremde Menschen) auf Weihnachtsgeschenke für die Liebsten verzichten? Darf man im Restaurant nach dem Essen sitzen bleiben (weil man die Atmosphäre genießt), obwohl schon andere Leute auf den Tisch warten? Haben Menschen mit Blutgruppe Null eine höhere moralische Verpflichtung, Blut zu spenden, weil dieses bei Verletzten aller anderen Blutgruppen verwendet werden kann, umgekehrt jedoch nicht? Ist es moralisch vertretbar, im Supermarkt immer das frischeste Gemüse zu nehmen, oder sollte man nicht lieber Ware kaufen, die bald abläuft, weil diese sonst weggeworfen würde? Was ist moralisch richtig: Im Fastfood-Restaurant das Tablett mit den Resten selber wegzuräumen oder es auf dem Tischchen stehen zu lassen? Wenn alle Gäste konsequent selber abräumen, brauchen die Konzerne weniger Hilfskräfte zum Sauberhalten ihrer Restaurants, es werden also Arbeitsplätze vernichtet. Umgekehrt handelt es sich um sehr schlecht bezahlte Arbeitsplätze, deren Erhalt man vielleicht gar nicht unterstützten sollte. Was tun?

Interessant am Phänomen des Doktordoktor Erlinger sind nicht so sehr die Einblicke in die inneren Zwänge und Verklemmungen der deutschen Bildungsbürger, sondern die tiefe Sehnsucht nach Moral im Alltag, die aus den Anfragen spricht. Hier findet sich eine Lesergemeinde, die an sich selbst den Anspruch stellt, auch in den scheinbar kleinen Fragen des täglichen Lebens ethisch korrekt zu handeln und die zugleich auf der Suche nach Orientierung ist: Welche Ziele, welche Richtschnur kann ich denn meinem Verhalten geben? Wer sagt mir, was ethisch richtig ist, wenn ich die Folgen meiner Entscheidung in einer komplexen Welt gar nicht vollständig abschätzen kann?

Es sind Menschen auf der Suche nach Werten – und diese Suche findet nicht etwa beim spirituellen Seminar in einem Kloster statt, sondern im Zentrum des aufgeklärten, urbanen, kritischen Geisteslebens. Die wachsende Bedeutung von Werten stellt auch eines der zentralen Ergebnisse der Arena Analyse 2014 dar. Die Suche nach Werten, der

Anspruch auf Unterlegung allen Handelns mit Werten zieht sich wie ein roter Faden durch alle auf den ersten Blick heterogenen Kapitel dieser Studie: Sie werden der Politik ans Herz gelegt als Ausweg aus dem Teufelskreis des Pragmatismus der (zu) kleinen Schritte. Werte müssen das Dilemma lösen, in das die EU geraten ist, indem sie eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Wirtschaftspolitik eingeführt hat. Werte sind vor allem von den Unternehmen der Zukunft gefordert: Für die Wirtschaft ist es längst nicht mehr genug, Arbeitsplätze und Wertschöpfung vorweisen zu können, um gesellschaftlich akzeptiert zu werden, vielmehr werden moralische Standards des unternehmerischen Handelns bis hin zur Auswahl der Zulieferer kritisch hinterfragt – und zwar nicht von kämpferischen NGOs, sondern von den Konsumenten, die bestimmte Produkte einfach nicht mehr kaufen oder sich von Unternehmen (wie zum Beispiel Amazon) abwenden. Nicht zuletzt erhielten Werte wie „Freiheit“ und „Recht auf Privatsphäre“ durch die Abhör- und Datenmissbrauchsskandale des Jahres 2013 plötzliche Aktualität.

Werte werden also in den meisten öffentlichen Diskussionen und politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre eine wichtige und wachsende Rolle spielen – so lautet eine der Vorhersagen, die sich aus den Antworten der Teilnehmer der Arena Analyse 2014 herausdestillieren lässt.

Konkrete Zitate dazu:

„Wir brauchen eine neue Form von Politikgestaltung, die stärker werteorientiert aber nicht ideologisch ist.“

„In einer Gesellschaft, in der Individuen immer weniger direkten und persönlichen sozialen Kontakt pflegen und die Eigeninteressen zunehmend im Fokus stehen, wird die Bedeutung des eigenen Lebens und damit die Bestrebung, dem eigenen Leben Sinn zu verleihen, immer wichtiger.“

„Wir bewegen uns von einer hedonistischen Diskussion zu einer existenziellen Diskussion.“

„Das Problem der Einschätzung und Zuordnung der persönlichen Freiheit in das heutige Wertesystem ist hoch problematisch geworden. Werte wie Anpassungsfähigkeit, social skills, Mut zu Neuem, Spaß am Arbeiten, Interesse an Veränderungen werden hoch eingeschätzt. Dagegen sind Values wie Freidenkertum, Widerstand gegen Unrecht und kreatives Querdenken schon weniger gefragt. Kampf gegen jede Form der Ungerechtigkeit kommt schon gar nicht mehr vor.“

„Ich erwarte eine Befruchtung der Politik durch die Zivilgesellschaft, die Werte beisteuert.“

„Ich hoffe auf einen neuen Politikertyp – Merkel geht schon ein wenig in diese Richtung: Sie sollten nach außen offen sein, aber mit Werten im Hintergrund.“

1. Werte – eine Suchanzeige

„Mitarbeiter in Unternehmen gehen auf Sinnsuche: Wo bewegen wir uns hin? Was tun wir da eigentlich? Vor allem in großen Konzernen sind sie immer öfter verunsichert und sprechen das auch aus.“

„Einige, wenn auch wenige, Unternehmen haben bereits begonnen, die Potentiale ihrer Arbeitnehmer zu nützen und sie mit ihren eigenen Ideen an der Unternehmensentwicklung teilnehmen zu lassen, anstatt die Arbeitnehmer ausschließlich mit Routinearbeiten zu beschäftigen. Diese Einbeziehung in ein Unternehmen schafft nicht nur eine bessere Bindung zum Unternehmen, sondern überträgt den Mitarbeitern auch Verantwortung sowie das Gefühl, etwas leisten zu können und etwas Sinnstiftendes zu tun.“

Das geistige Klima, das diese Sehnsucht nach Werten sprießen lässt, ist natürlich durch den Verlust von traditionellen Orientierungen geprägt, wie er sich in Schlagworte wie „postideologische Epoche“ oder „postreligiöses Zeitalter“ ausdrückt.

Die klassischen Ideologien sind deshalb verschwunden, weil sie ihre Überzeugungskraft verloren haben. Sie konnten ihr Grundversprechen nicht einlösen, eine bessere Welt zu schaffen – ein Versprechen, hinter dem letztlich die Idee der Aufklärung steht, nämlich dass der Mensch mit rein rationalen Mitteln die Welt nach seinem Willen formen kann. Der polnische Autor Adam Krzemiński schreibt dazu in einem Essay: „Damit die Menschen sich einer Idee anschließen, braucht es eine mitreißende Geschichte, an deren Ende die Vision eines Gelobten Landes steht. Für die Konservativen wäre das die Rückkehr der goldenen Zeiten. Für die Marxisten die klassenfreie Gesellschaft. Für die Nationalisten ein solidarischer Nationalstaat. Für die Liberalen ein Königreich der Freiheit. Aber gerade die Intellektuellen, die traditionell als Schöpfer von Ideologien gelten, glauben nicht mehr daran, dass es eine so starke Hebelwirkung geben kann, die die Welt aus den Fugen heben könnte.“

Die großen Religionen haben ebenfalls ihre Fähigkeit zur Herstellung von Sinn stark eingebüßt. Im politischen Diskurs kommen Religionen fast nur in negativem Zusammenhang vor: Dem Islam wird vorgeworfen, selbst in seinen gemäßigten Erscheinungsformen einer ganzen Weltregion den Aufbruch in die Moderne zu verbauen. Der Katholizismus steht wegen seiner Sexualmoral (Verbot von Geburtenregelung, Unterdrückung von Frauen, Missbrauch von Minderjährigen) am Pranger. Andere Formen des Christentums, vor allem der evangelische Fundamentalismus amerikanischer Prägung, machen mit ihrem Kampf gegen die Lehre von der Evolution Schlagzeilen, den sie weit ins US-Schulsystem hinein tragen. Die Werte, die von den Großreligionen propagiert werden, würden eine rückwärts gewandte Abkehr von der modernen Alltagswelt erfordern.

Selbst Menschen, die sich selbst als religiös bezeichnen, finden also in ihrem Glauben allenfalls spirituellen Halt, aber kaum Orientierung für das

Leben, das sie führen. Das Vakuum, das daraus entsteht, wird als unbefriedigend empfunden, woraus die zunächst etwas diffuse Forderung nach mehr Anstand, stärkerer ethischer Fundierung, nach einem Mehr an zielgerichtetem Sinn in allen möglichen Lebensbereichen erwächst.

Die diffuse Verästelung brachte mit sich, dass es bei der Auswertung der Daten zur Arena Analyse 2014 zunächst etwas schwierig war, zum Kern vorzudringen. Zum einen wird eine Renaissance von Werten seit Jahren angekündigt oder vielmehr beschworen, wobei die Forderungen interessanterweise von zwei weit auseinanderliegenden Rändern des geistigen Spektrums stammen, nämlich zum einen von konservativen Bescheidenheitsmahnern und zum anderen von linken Globalisierungskritikern. Die Werte teilen daher das Schicksal der meisten Issues, die in den Arena Analysen der letzten Jahre aufgetaucht sind: Sie sind nicht völlig neu, sondern kündigen sich schon über einige Zeit hinweg an. Sie sind aber auch noch nicht so weit eskaliert, dass sie eine für alle sichtbare Rolle in der Diskussion einnehmen. Gerade dieser Status führt dazu, dass sie leicht übersehen werden: Es fehlt ihnen der Reiz des völlig Neuen, es fehlt ihnen aber auch die Brisanz der schlagzeilenträchtigen Aktualität. Was ihnen dafür anhaftet, ist die Hartnäckigkeit eines langfristigen Trends, der sich nach Meinung der meisten Teilnehmer der Arena Analyse, in naher Zukunft deutlich verstärken wird.

Eine zweite Schwierigkeit lag darin, dass in den Wahlkämpfen des Jahres 2013 sehr viel von Werten die Rede war, also das Issue auf den ersten Blick etwas abgenutzt schien. Der kurzfristige Überdruß an einem allzuoft gehörten Begriff darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass darunter ein langfristiger Trend liegt. Schließlich zeigt sich auch an der Verwendung der Werte im Wahlkampf letztlich nur, dass das Thema bei einer breiten Öffentlichkeit angekommen ist oder kurz vor diesem ersten Eskalationsschritt steht. Allerdings wurde der Begriff im Zuge des Wahlkampfes auch diskreditiert – der Rekurs auf höhere Werte musste allzu oft den Mangel an konkreten Antworten für ganz praktische Probleme kaschieren.

Die Grenzen der Wertediskussion

Generell stößt jede diskursive Befassung mit Werten auf zwei grundlegende Schwierigkeiten: Erstens klingen die meisten Grundwerte zunächst trivial, können also nur dann als Richtschnur für das konkrete Verhalten dienen, wenn ihr inhaltlicher Kern, ihre Konsequenzen und ihre Grenzen durchdacht und geklärt werden. Wenn aber das Nachdenken über den eigentlichen Inhalt eines Wertbegriffs beginnt, tauchen schnell Unschärfen und Abgrenzungsprobleme auf.

Um es an einem konkreten Beispiel durchzuspielen:

Die Shell-Jugendstudie, die im Abstand von 4-5 Jahren die Lebenseinstellungen der deutschen Jugendlichen untersucht, fand bei der letzten Erhebung 2010 heraus, dass die Werte mit der höchsten Zustimmung Fleiß,

1. Werte – eine Suchanzeige

Ehrgeiz, Ordnung und Sicherheit lauten. Bei der Lektüre des letzten Satzes wird wohl jedermann zunächst „Klar, was denn sonst?“ denken, oder sogar: „No na“. Wer würde schon bei einer Umfrage ankreuzen, dass er Faulheit, Antriebslosigkeit, Chaos und Unsicherheit für erstrebenswert hält? Der Wertekatalog der deutschen Jugend wird etwas aussagekräftiger, wenn man einen Blick auf den Fragebogen wirft und feststellt, dass dort insgesamt 24 Aussagen darüber, was ein erstrebenswertes Leben ausmacht, einzeln bewertet werden mussten. Dabei schnitten eben Aussagen wie „das Leben in vollen Zügen genießen“ oder „Man sollte nur auf sein Glück vertrauen und im Leben mitnehmen, was man bekommt“ deutlich schlechter ab als die Bekenntnisse zu Eigeninitiative und Zielstrebigkeit. Aber stimmt es überhaupt, dass fleißige Menschen im Leben mehr Erfolg haben? In der Arbeitswelt würde man auch einen Pflichterfüller ohne Eigeninitiative als „fleißig“ bezeichnen, wenn er brav das erledigt, was man ihm aufträgt – ist es das, was die deutschen Jugendlichen meinen? Zudem ist es ein Gemeinplatz, dass große Erfindungen sehr oft vom Wunsch getrieben waren, das Leben einfacher, weniger anstrengend, bequemer zu machen – anders gesagt, scheint Faulheit die Kreativität mehr zu beflügeln als Fleiß. Und wenn einer dieser Jugendlichen vor einer großen beruflichen Herausforderung steht, wird dann der Wunsch nach Sicherheit überwiegen, oder doch der Ehrgeiz?

Noch deutlicher wird das Problem der potenziellen Inhaltsleere in Umfragen bei Werten wie „Freiheit“ oder „Anständigkeit“. Freiheit landet immer wieder in der Spitzengruppe der höchsten Werte. Zum Beispiel halten nach einer Studie der Erste Group 95% der Österreicher „Ehrlichkeit“ und „Freiheit“ für das höchste Gut. In einer Lebensstil-Umfrage der Allianz erhielt der Wert „Unabhängigkeit“ in einer Liste von 20 Werten die höchste Zustimmung, noch vor „Sicherheit“. Das hindert dieselben Österreicherinnen und Österreicher aber nicht daran, immer wieder Verbote für alle möglichen als unerwünscht eingestuften Phänomene zu fordern. Eine unvollständige Liste der Dinge, die der Gesetzgeber gemäß öffentlich geäußerten Wünschen in den letzten beiden Jahren hätte verbieten sollen: Heizschwammerl in Schanigärten; Einfuhr von Jagdtrophäen; Demonstrationen auf der Wiener Ringstraße; Ölheizungen; Plastiksackerl; Energy-Drinks; Schönheitsoperationen für Jugendliche; Analogkäse; Fernsehwerbung für Lebensmittel mit hohem Anteil von Salz, Zucker oder gesättigten Fettsäuren; ganz allgemein „Werbung für ungesunde Lebensmittel“.

Wie leicht zu erkennen ist, handelt es sich bei den letzten 6 Punkten um Produkte oder Darbietungen, die jedermann, der sie für schädlich hält, ganz einfach meiden könnte – somit lautet die Forderung, dass der Staat als eine Art pädagogische Instanz in einen Bereich eingreifen soll, in dem das erwünschte Ergebnis auch durch autonomes Handeln erreicht werden könnte. Offensichtlich wäre es dringend nötig, einmal zu erforschen, was

genau 95% der Österreicher eigentlich meinen, wenn sie „Freiheit“ als höchstes Gut nennen.

Im Zuge der Diskussion um die Antikorruptionsbestimmungen in Österreich zeigte sich, wie schnell und fundamental sich der gesellschaftliche Konsens darüber, was „Anständigkeit“ bedeutet, wandeln kann. Noch vor fünf Jahren hat es niemand als „unanständig“ empfunden, wenn öffentliche Würdenträger zu Kulturveranstaltungen eingeladen wurden, das war im Gegenteil fixer Bestandteil der meisten Sponsorverträge. Heute führen solche Einladungen (unter entsprechenden Voraussetzungen) zur strafrechtlichen Verfolgung sowohl der Spender als auch der Empfänger der Gratiskarten. Wer für sich selbst in Anspruch nimmt, den Wert „Anständigkeit“ zu leben, müsste also erst einmal genau sagen, welches Verhalten er in diesem Sinne für zulässig hält und welches nicht.

Die zweite Schwierigkeit liegt in einer merkwürdigen Eigenschaft aller Grundwerte: Sie sind nicht unbegrenzt wünschenswert, vielmehr gibt es bei jedem den Punkt, wo ihn ein „Zuviel“ ins Negative kippen lässt. Toleranz muss ebenso ihre Grenzen haben wie Meinungsfreiheit (beides kann zum Beispiel beim Leugnen des Holocausts oder bei rassistischen Hetzreden nicht zugestanden werden). Selbstbestimmung – die als Idee allen Menschenrechten zugrunde liegt – kann nur soweit gehen, wie berechnete Interessen Dritter nicht berührt werden. Im Alltag sorgen Hunderte Gesetze dafür, dass wir alles andere als selbstbestimmt agieren. Wir dürfen weder die Straße überqueren, wenn es uns die rote Ampel verbietet, noch einen Laden eröffnen, ohne dafür eine Genehmigung zu erlangen.

Die Nagelprobe lässt sich nach Belieben bei allen scheinbar universalen Werten machen. Nicht einmal die klassischen vier Ideale des Marcus Tullius Cicero, nämlich Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Mäßigung, halten einer Überprüfung stand: Schon Thomas von Aquin warnte vor der zersetzenden Kraft der Klugheit – dass sich mit ihr die Gerechtigkeit aushebeln lässt, weiß jeder halbwegs erfahrene Rechtsanwalt. Tapferkeit verträgt sich sowieso fast nie mit Klugheit und setzt zudem voraus, dass jemand vom Ideal der Mäßigung abrückt und sich empört. Und so weiter.

Am deutlichsten zeigt sich das Problem an den berühmten drei Werten, die in der französischen Revolution proklamiert wurden: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit stehen jeweils zueinander im Widerspruch. Sobald einer davon ausreichend ernst genommen wird, müssen die anderen weichen. Dass sich das Ideal der Gleichheit nur bei einem Verzicht auf individuelle Freiheit verwirklichen lässt, stellt den demokratischen Wohlfahrtsstaat seit jeher vor ein Problem. Brüderlichkeit – heute würde man wohl eher „Solidarität“ sagen – lässt sich nur praktisch umsetzen, wenn man auf die Forderung nach Gleichheit verzichtet (die nämlich die Solidarität mit der ganzen Welt verlangen würde) und eine Solidargemeinschaft definiert, also einen eingeschränkten Kreis von Privilegierten, die primär in den Genuss

des brüderlichen Verhaltens kommen. Offensichtlich ist es von diesem Gedanken nur ein kleiner Schritt zu Parolen wie „Nächstenliebe nur für Österreicher“ oder zur Forderung, Zuwanderer von Sozialleistungen auszuschließen – was aufs Neue beweist, wie heikel der Umgang mit scheinbar klaren Begriffen werden kann.

Werte erfordern also sowohl eine eingehende Befassung, die sie mit Inhalt füllt, als auch ein ständiges Ausbalancieren ihrer Widersprüche. Der Philosoph Peter Sloterdijk hält dazu exemplarisch fest: „Liberté, Egalité und Fraternité ins Extrem gedacht, führen jeweils geradewegs in die Katastrophe. In der politischen Diskussion wird viel zu wenig beachtet, dass es nie um große Ziele gehen darf, sondern immer um die heikle Balance mehrerer einander widersprechender großer Ziele. Das heißt nichts anderes, als dass gerade jenes geistige Unding, das *ja, aber nur ein bisschen* heißt, in der Praxis der menschlichen Gemeinschaften am besten funktioniert. Ein bisschen Liberté, aber nicht zuviel. Ein bisschen Egalité, aber nicht zuviel. Ein bisschen Fraternité, darf's ein bisschenl mehr sein?“

Aufstand der Werte

Welche konkrete Entwicklung erwarten also die Teilnehmer der Arena Analyse im Zusammenhang mit der Wertediskussion?

1. Ganz allgemein wird eine steigende Bedeutung des Werts der „Freiheit“ erwartet, die im letzten Jahrzehnt zugunsten der Sicherheit (der sozialen Sicherheit wie auch der Sicherheit vor Verbrechen und politischem Terror) in den Hintergrund gerückt ist. *„Die Verpflichtung bei Wahrnehmung von Unterdrückung, Repression, Freiheitsbedrohung einzuschreiten, muss zur Aufgabe jedes Einzelnen gemacht werden“*, heißt es in einem Beitrag. Ein anderer sieht die Notwendigkeit einer *„neuen Schnittstelle zwischen Sozialstaat und individueller Freiheit“*. Durch die Überwachung des Internet *„geraten Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit in Gefahr“*. Aus diesem Grund sieht ein anderer Arena-Analyse-Experte eine *„Rückkehr zur Selbstbestimmung“* vorher und hofft auf wachsende Möglichkeiten zum *„Ausstieg aus der Gesellschaft ohne Repressalien ausgesetzt zu sein“*.
2. Ehrlichkeit, Anständigkeit oder allgemeiner: korrektes Verhalten, das nicht nur den Wortlaut der Regeln, sondern auch die tatsächlichen Auswirkungen auf Dritte im Auge behält. Ein exemplarisches Zitat: *„Wirtschaftliche Verfehlungen sowie unethisches Wirtschaften werden nicht mehr einfach hingenommen. CSR-, Ethik- und Compliance-Strömungen halten merkbar dagegen.“*
3. Nachhaltigkeit als Form des generationenübergreifenden Altruismus wird zunehmen und zugleich stärker gefordert werden: *„Die 7 Milliarden unserer Spezies sind auf 200 teils sehr unterschiedliche Staaten mit ebenso unterschiedlichen Lebensbedingungen aufgeteilt. Im Sinne einer Chancengleichheit für jeden Menschen sollten diese Ungleichheiten überwunden werden. Wir werden daran gemessen*

werden, aber wir gemeinsam gute Lebensbedingungen für unsere Nachkommen schaffen“.

4. Schließlich werden die Tugenden des Querdenkens, Aufsässigkeit und Dagegenhaltens an Bedeutung gewinnen. Unsere Gesellschaft fordert ein solches zunächst eher adoleszentes Verhalten geradezu heraus, nachdem durch die Vernetzung und freiwillige Zurschaustellung über social media die soziale Kontrolle und die Uniformisierung im Mainstream stark zugenommen haben. Zitat, stellvertretend für mehrere dieser Art: *„Wir brauchen Bildung und Ausbildung zum kritischen Denken. Schon in Kindergarten, Vorschule und Volksschule müssen Anreize gesetzt werden, gegen den Mainstream zu agieren und nicht alles zu glauben was publiziert wird.“*

Ergebnisse der Arena Analyse wurden in Gruppen geclustert, die den Kapiteln dieses Berichts entsprechen. Die Forderung nach Werten findet sich in jedem dieser Cluster – entweder als Wunsch nach „Rückbesinnung“ auf ehemals vorhandene Werte (wie im Kapitel 2 über die österreichische Innenpolitik), oder als Beobachtung einer bereits im Gang befindlichen Entwicklung (wie im Kapitel 5 über Ethik in der Wirtschaft oder im Kapitel 6, wo konstatiert wird, dass die europäische Energiepolitik an einem Scheideweg steht). Schließlich werden in Bereichen, in denen bisher ideologiefreier Pragmatismus als bester Ansatz zur Lösung anstehender Probleme gilt, künftig Werte eingefordert werden – konkret in der EU (Kapitel 3) und bei der Lösung von globalen Fragen (Kapitel 8). Die Debatte um Datenmissbrauch und Überwachung im Internet (Kapitel 7) kann sogar als einer der Auslöser betrachtet werden, die eine der Kernfragen der Politik ins Zentrum rückte, nämlich die eben erwähnte Balance von Freiheit und Sicherheit.

2. Politik – Gestalten statt Verwalten

Die großen Metathemen, die in den nächsten Jahren die österreichische Politik bestimmen werden, sind Governance (im Sinne eines guten handwerklichen Managements der Prozesse), die Unterlegung des politischen Handelns mit Werten und die wachsende Rolle der Zivilgesellschaft. Zitate: *„Ein zentrales Thema auf allen Ebenen wird New Governance sein, einschließlich eines veränderten Verständnisses von Souveränität, Subsidiarität und Demokratie.“* – *„Wir brauchen eine neue Form von Politikgestaltung, die stärker werteorientiert aber nicht ideologisch ist.“* – *„Wir erleben eine neue Art von Bürgergesellschaft, die selbst Politik in die Hand nimmt.“*

Governance

„Es geht in Österreich überhaupt nicht mehr um neue Themen, sondern um die Frage des handwerklichen Managements und der Prozesse in der Führung der Regierung und im Interessensausgleich mit den Ländern. Die Schlüsselfrage für die österreichische Regierung ist die Frage der Governance und der Prozesse zur Steuerung der Regierung“.

Mit diesem Zitat aus einem der Beiträge zur Arena Analyse 2014 wird eines der großen Zukunftsthemen umrissen, mit dem sich die österreichische Politik die nächste Legislaturperiode hindurch befassen wird müssen. Es steht in direkter Folge eines Komplexes, der im Rahmen der Arena Analyse 2013 gründlich beleuchtet wurde, nämlich die „Ergebnisverantwortung in der Politik“. Die Frage lautet: Wie können Strukturen geschaffen werden, die sicherstellen, dass politische Entscheidungsträger (gleich ob es sich dabei um Personen oder Institutionen handelt) klare Verantwortlichkeiten vorfinden, dass sie also den Lohn für erfolgreiche Maßnahmen ernten, aber auch die Sanktionen (zum Beispiel in Form von sinkender Wählerzustimmung) für falsche Schritte oder für Nichtstun.

Damit im Zusammenhang steht auch *„die formale Übernahme von politischer Verantwortung durch die gewählten Politiker, die Erfüllung von Zielvorgaben, das Abtreten bei krassem Verfehlen.“*

Diese Frage ist in der Zwischenzeit auf fruchtbaren Boden gefallen, meinen die Experten der Arena Analyse: *„Diese Überlegungen scheinen noch etwas in Gärung zu sein, werden aber spätestens mit der Europawahl und der damit erwarteten Erstarkung der Antieuropaparteien zu einem breiten Thema werden“.* Zumindest hat ein Nachdenken darüber eingesetzt, wo das bestehende System falsche Anreize setzt oder nicht sofort sichtbare informelle Entscheidungsträger die formal zuständigen Stellen überlagern.

Ein Manko bei der konkreten, praktischen Regierungsarbeit sieht ein Arena-Analyse-Experte in der *„mangelnden ressortübergreifenden professionellen Steuerung. In Deutschland zum Beispiel wird die Regierung von einem starkem Kanzleramt und beamteteten Staatssekretären*

koordiniert. Jede Vorlage an den Ministerrat wird durch mehrere Filter (beamtete Staatssekretäre) vorbereitet, bevor das Kabinett darüber abstimmt. In Österreich wird dies informell über die Büros der Ministerien koordiniert. Über Protokollanmerkungen, Austauschblätter und Maßgaben versucht jeder, seine Ressortinteressen durchzubringen“.

Andere Länder versuchen, das Entstehen von langfristigen Ressort-Egoismen zu verhindern, indem zum Beispiel Spitzenbeamte im Abstand von mehreren Jahren die Ressorts wechseln (Rotationsprinzip) oder aber *„Matrixorganisationen für komplexe Themen geschaffen werden. So wird der Klimaschutz in Dänemark von einem Minister verantwortet, dem Beamte in 3 Ressorts zuarbeiten. Diese Fragen sind eigentlich viel wichtiger, als die Frage wer wo Minister wird“.*

Als Beispiel für die Dissimilation von Verantwortung, die jede Art von Kontrolle nahezu unmöglich macht, ist einem Experten der Arena Analyse die Diskussion um das Langfristgutachten der Pensionskommission aufgefallen: *„Die Zahlen der Pensionskommission über die Entwicklung des nötigen Staatszuschusses zu den Pensionen stimmen nicht. Das ist das österreichische Als-ob-Prinzip: Man rechnet fest damit und hofft, dass sich die Realität danach richtet“.*

Die Diskrepanz zwischen der Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit der Politik und dem objektiven Problemlösungsbedarf wird jedoch immer größer. *„Politische Aktivitäten und Maßnahmen geraten zunehmend lebensfremd, die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen werden – trotz anders lautender Lippenbekenntnisse - kaum adressiert. Konkret gewinnen immer mehr Menschen den Eindruck, dass Mittel in großem Ausmaß für Zwecke ausgegeben werden, die ihnen nicht nützen (Bankenrettung, Parteienförderung, sonstige Fördermaßnahmen), während etwa bei Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge immer nur vom Sparen die Rede ist.“*

Versagen der Governance am Beispiel Föderalismus

„Ein zentrales Problem der Republik stellt der Umstand dar, dass tatsächliche Macht und Verantwortung auseinanderklaffen“ – gemeint ist mit diesem Befund der Föderalismus in seiner gegenwärtigen Ausprägung, der geradezu ein Lehrbuchbeispiel dafür darstellt, wie durch schlechte Strukturen Ineffizienz entstehen kann, die von allen Beteiligten beklagt wird, ohne dass sie bereit oder imstande wären, die tieferliegenden Ursachen zu verändern. Das österreichische System gibt den Ländern, konkret den Landeshauptleuten, ein hohes Maß an informeller Macht bei Entscheidungen, für die sie keine Verantwortung übernehmen müssen – und auch nicht können, weil sie ja formal nicht zuständig sind.

„Tatsächlich teilen sich die Macht in Österreich einige Landeshauptleute, die sich aber standhaft weigern, dafür auch Verantwortung zu übernehmen und selbst Funktionen in der Bundesregierung zu übernehmen. Sie halten

sich eine Bundesregierung, die zwar formal die Verantwortung trägt, tatsächlich aber nur wenig Macht hat.“ Die reale, formal nirgendwo festgeschriebene Macht der Landeshauptleute stammt aus drei Quellen: Erstens sieht die Verfassung vor, dass Länder die Budgetmittel für ihre Gebarung vom Bund im Wege des Finanzausgleichs erhalten. Länder heben keine Steuern ein, geben aber Steuergeld aus. Wenn Landeshauptleute mehr Geld ausgeben wollen, müssen sie nicht den Steuerzahlern erklären, warum sie noch mehr von ihnen einheben wollen, sondern lediglich bei den Finanzausgleichsverhandlungen hart auftreten. Von den Wählern wird den Ländern und ihren Einrichtungen keine Verantwortung für eine hohe Abgabenlast oder für Steuererhöhungen zugemessen. Sehr wohl aber ernten Landespolitiker Applaus, wenn sie zum Beispiel Spitäler errichten, die Schließung von Nebenbahnen verhindern oder zusätzliche Beamtenstellen schaffen. Aus der Logik der Rollenverteilung heraus müssen also Landeshauptleute für höhere Ausgaben kämpfen, nie für Sparmaßnahmen oder Steuersenkungen.

Zweitens sind die Landeshauptleute im Innenverhältnis ihrer jeweiligen Parteien stets politisch starke Personen – ganz einfach deshalb, weil sie bei sich zuhause die Wahlen gewonnen haben. Während die Bundespartei­chefs von SPÖ und ÖVP nach jeder Wahl zittern müssen, ob sie nicht von der eigenen Basis wegen des schlechten Ergebnisses in die Wüste geschickt werden, können die jeweiligen Landes­chefs darauf verweisen, dass sie die eigentlichen Erfolgsfaktoren sind, die der Partei den Einfluss erhalten. Bei Auseinandersetzungen mit der Bundesregierung ist es überdies leicht, die Landespartei, wenn nicht überhaupt die Landesbevölkerung mehrheitlich gegen „die in Wien“ zu mobilisieren. Die ganz normale Machtverteilung lautet also: Landes­chefs können die Spitzen der Bundespartei (und der Bundesregierung) stürzen, hingegen hat noch nie ein Bundespolitiker einen führenden Landespolitiker zu Fall gebracht.

Drittens verfügen die Landesparteien über das letzte Wort bei der Erstellung der Kandidatenlisten für die Nationalratswahl. Sieht man von einigen wenigen Plätzen auf der Bundesliste ab, so entscheiden also die Länder (und hier natürlich die Landespartei­obleute), wer beim nächsten Mal wieder ins Parlament kommt. Die politische Karriere aller Bundespolitiker liegt so buchstäblich in den Händen der Landespartei­obleute.

Es darf nicht verwundern, dass in so einer Konstellation die Reparatur der Schief­lage kaum möglich scheint. Die auf den ersten Blick eigentlich einleuchtenden Prinzipien „wer zahlt, schafft“ an und „wer anschafft, soll es auch verantworten“ bleiben außer Kraft gesetzt. Die Folge lässt sich an einer lange Liste von Fehlentscheidungen oder nicht getroffenen Entscheidungen ablesen, wie die Teilnehmer der Arena Analyse konstatieren: *„Kleinkariertes Schrebergartendenken beherrscht wichtige Themen. Gesundheitsreform, Reform der Bildungspolitik gehen in die*

falsche Richtung, die Staatsreform bleibt blockiert. Symptomatisch für diesen Zustand ist auch, dass sich die Länder seit Jahren heftig dagegen wehren selbst Einnahmenverantwortung zu tragen.“ In der herrschenden Realverfassung ist es daher zynisch, wenn die Länder mehr Kompetenzen fordern: *„Sie ziehen damit Zuständigkeiten an sich, wollen aber nichts daran ändern, dass der Bund für die Finanzierung aufkommen muss. Kompetenzen übernehmen hieße eigentlich Verantwortung übernehmen – aber dazu sind die Länder nicht bereit.“*

Dass zum Aufbrechen der Verkrustungen beim Föderalismus *„noch kein Hebel gefunden wurde“*, wird in der Arena Analyse 2014 besonders bedauert, denn *„hier wären Milliarden zu holen. Eine Bundesstaatsreform könnte viele Mittel und Kräfte für die erfolgreiche Bewältigung vieler anderer Aufgaben freisetzen.“* Allerdings greift es zu kurz, nur die Eigeninteressen der Landeshauptleute als Hindernis für eine effizientere Neufassung des föderalistischen Systems zu sehen. Die Probleme liegen tiefer, denn die österreichische Bevölkerung, die Wählerinnen und Wähler, müssten selber erst einmal nach entsprechend tief gehender offener Diskussion entscheiden:

„Wollen wir ein Zentralstaat werden? Dann können wir viel Geld für die Landesverwaltungen einsparen, allerdings verschwinden dann auch die Länder als politische Einheiten und werden zu reinen Verwaltungskörpern, es gibt keine Landtagswahlen und keine Landtage mehr, an die Stelle von Landeshauptleuten treten von Wien ernannte Gouverneure. Frankreich könnte als Vorbild für dieses Modell dienen, das viel Effizienz bringen, aber emotionale Bindungen vernichten würde. Überdies müssten neue Formen der Kontrolle eingerichtet werden, die den Landesbürgern die Möglichkeit der Mitsprache bei sie betreffenden Entscheidungen sichert.“

Die zweite Möglichkeit wäre die Schaffung eines echten Bundesstaats: *„Dann sind die Länder in der Verfassung so zu stärken, dass sie gemeinsam auch auf Bundesebene die wesentlichen politischen Entscheidungen ganz offiziell und transparent treffen und letztlich die Bundesregierung stellen. Die Vertreter der Länder wären dann auf Bundesebene das, was der ‚Rat‘ auf EU-Ebene ist. Die Steuerhoheit würde auf die Länder übergehen – mit der Möglichkeit, dass manche Länder niedrigere Steuern einheben als andere – und lediglich einige wenige Bundessteuern bleiben, mit denen zum Beispiel das Bundesheer und der Diplomatische Dienst finanziert werden.“*

Werte oder Pragmatismus?

Die Regierenden befinden sich in allen europäischen Staaten in einer wenig beneidenswerten Position: Sie verfügen über sehr wenig Handlungsspielraum, weil große Teile der Staatsausgaben von vornherein fix verplant sind (nämlich für Sozialausgaben inklusive Pensionen und für die Rückzahlung von Schulden aus den letzten 70 Jahren). Angesichts eines

schwachen Wirtschaftswachstums können sie ihren Bürgern auch keine glänzende Zukunft versprechen. Die Aussicht, dass die Lage nicht schlechter wird, gilt ohnehin schon als Spitze des Optimismus.

In dieser Situation zieht sich die Politik auf die Position des aufgabengetriebenen Pragmatismus zurück. Im günstigsten Fall werden anstehende Probleme gelöst, aber keine über das Notwendige hinausgehenden Initiativen gestartet oder gar Visionen entwickelt. *„Das ist die neue Ohnmacht der Politik: Sie gestaltet nicht, sondern verwaltet“*, heißt es in einem Arena-Analyse-Beitrag.

Der Rückzug auf das Nötige und Machbare vermeidet zwar viele Risiken, die typischerweise mit dem Regieren verbunden sind, nämlich das Auslösen von Irritationen, die mit jeder Veränderung einhergehen oder die Gefahr von Fehlschlägen, wenn sich ein großes Ziel als unerreichbar oder zu kostspielig erweist. Der Pragmatismus bringt aber eine neue Gefahr mit sich: Orientierungslosigkeit und Beliebigkeit, in der Folge also die Austauschbarkeit der politischen Angebote. *„Die Menschen fragen sich, von wem sie eigentlich regiert werden, und was ihre Entscheidungen an der Wahlurne eigentlich wirklich zu ändern vermögen. Die Demokratie- und Parteienverdrossenheit beginnt, ein gefährliches Ausmaß anzunehmen.“*

Die Politik sollte also stärker auf Werte Bezug nehmen und größere Ziele formulieren. Beide könnten gute Dienste leisten bei der Sondierung der vielen oft widersprüchlichen Wünsche, die Politiker erfüllen sollen: *„Politische Parteien sind mittlerweile überfordert mit den verschiedenen Interessen, die an sie herangetragen werden, da sie zu behäbige Strukturen haben.“* Wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden können, ist es wichtig, eine Richtschnur für die Setzung von Prioritäten zu haben, sonst werden entweder immer mehr Anspruchsgruppen mit Vertröstungen in Schwebelage gehalten, oder die Entscheidungen verkümmern zu Kompromissen, die nicht nur niemanden zufrieden stellen, sondern oft noch die Sache verschlimmern.

Schweden kann als Beispiel dafür gelten, wie mit einer soliden Wertebasis, einer klaren und zugleich visionären Zieldefinition sowie einer langfristigen Strategie tatsächlich ein Richtungswechsel möglich ist. Schweden war lange Zeit ein Hochsteuerland mit einer Staatsquote von 56% und trotzdem hoher Staatsverschuldung. Nach einer über mehrere Wahlperioden durchgehaltenen Phase der Budgetsanierung wurde die Staatsquote auf 47% gesenkt und eine Koppelung zwischen Pensionssystem und Wirtschaftsentwicklung eingeführt – die Pensionsausgaben können nicht stärker steigen als die Wirtschaft wächst.

Angeregt durch solche Vorbilder schlagen Teilnehmer der Arena Analyse vor *„in den nächsten fünf Jahren zumindest mal zwei, drei größere Nüsse zu knacken. Es muss möglich sein, zu politischen Zielen zu kommen, die über die Erhaltung der bestehenden Systeme hinausgehen.“* Vorrang sollten dabei sogenannte „Quick Wins“ haben, also *„gesellschaftspolitische*

Reformprojekte, die solidarische Lösungen umsetzen und zeigen, dass davon alle etwas haben“.

Zivilgesellschaft:

Die Rolle der Zivilgesellschaft in der Politik hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Ursache liegt zum einen in der Professionalisierung und im veränderten Rollenbild vieler NGOs – von „Vier Pfoten“ bis SOS-Kinderdorf und vom WWF bis zur Caritas verstehen viele Organisationen immer stärker ihre Rolle in Advocacy oder sogar Lobbying für bestimmte Anliegen oder benachteiligte Gruppen und nicht mehr so sehr im Protest und der öffentlichen Kommunikation von Forderungen. Folgerichtig bauen diese Organisationen Public Affairs Strukturen auf und treten in einen systematischen Dialog mit der Politik.

Ein zweiter Grund hängt unmittelbar mit dem politischen Stillstand zusammen, der die Legislaturperiode 2008 bis 2013 in Österreich prägte – ob er mit der Bildung einer neuen Regierung zu Ende geht, wird erst die Zukunft zeigen. Jedenfalls bildeten sich in den letzten Jahren zu fast allen großen politischen Themen Initiativen, die für Veränderungen kämpften – das Bildungsvolksbegehren ist nur das bekannteste davon, dazu kamen auch die um eine Verfassungsreform ringende Initiative „Mein Österreich“, ein Pension-, Steuer- und Anti-Bürokratie-Volksbegehren.

Dass die Zivilgesellschaft durch ihr schlichtes Einmischen an Bedeutung gewonnen hat, wird von den Experten der Arena Analyse überwiegend positiv gesehen. *„Mein Wunschscenario: Noch mehr Raum für Zivilgesellschaft in der Politik“*, lautet ein typisches Zitat. Die Repolitisierung von unten begnügt sich nicht mit dem Einbringen von Forderungen, sondern schreitet vor allem im kommunalen Bereich auch gleich zur Tat: *„Wir erleben eine neue Art von Bürgergesellschaft, die selbst Politik in die Hand nimmt, im lokalen Bereich und im persönlichen Umfeld in die Umsetzung geht, ohne allzu sehr auf Umsetzung von politischen Parteien zu warten“*. Das auffälligste Beispiel liefert hier die Wiener Kinderbetreuung. Wien garantiert in Einlösung eines Wahlversprechens seit 2010 jedem Kind einen Kindergartenplatz – kann aber bei weitem nicht genug städtische Kindergärten anbieten. Viele Eltern nahmen daher das Problem selber in die Hand und gründeten private Kinderbetreuungsgruppen. Mangels Alternativen musste die Stadt nachgeben und refundiert bei Erfüllung gewisser Standards die Kosten für einen privaten Kindergartenplatz.

Der Aufstieg der Zivilgesellschaft wird indes keineswegs nur euphorisch gesehen. Gleich mehrere Schwierigkeiten und mögliche Fehlentwicklungen kündigen sich an:

1. *„Die Überrepräsentation der organisierten Zivilgesellschaft als politische Meinungsträger: Vor allem im Bereich der Umwelt-NGOs und im Sozialbereich repräsentieren die NGOs keineswegs immer die Betroffenen, für die sie zu sprechen behaupten.“* Der Dialog mit der Politik wird also oft

von der „organisierten Zivilgesellschaft“ geführt, die keineswegs immer mit der echten Zivilgesellschaft deckungsgleich sein muss, so wie ja auch die Arbeiterkammer nur in einem sehr indirekten Sinn die Arbeitnehmer repräsentiert (für die Wirtschaftskammer gilt das Gesagte analog).

2. Da die organisierte Zivilgesellschaft stark von Vereinen getragen wird, die sich naturgemäß um bestimmte abgesteckte Themenfelder kümmern, besteht *„die Gefahr der Sektoralisierung: Umwelt-NGOs ordnen alle ihre Forderungen der Umwelt unter, Menschenrechts-NGOs den Menschenrechten – in der Praxis konterkarieren sich die Forderungen und die Anliegen schwächen einander.“*
3. Nicht zuletzt erfordert die Arbeit der Politik mit der Zivilgesellschaft *„ein hohes Maß an Dialogkultur: Volksabstimmungen und andere Formen der direkten Demokratie können Entscheidungen bringen, reichen aber für das Arbeiten an Lösungen nicht aus. Dazu brauchen wir neue Beteiligungs- und Kommunikationsformen.“*

Eine NGO fehlt im Konzert der Stimmen aus dem Volk, ihre Gründung wird von einem Teilnehmer der Arena Analyse 2014 daher eingefordert. *„In Ermangelung einer Wirtschaftspartei erhoffe ich die Gründung einer Gruppe, die auch in Österreich die Stimme der wirtschaftlichen Vernunft erhebt, also für die liberale Marktwirtschaft eintritt. Eine solche Gruppe könnte eine thematische Führungsrolle übernehmen, sodass sich hinter ihr die versprengten Vertreter dieser Richtung sammeln, die es bei NEOS, Team Stronach und in der ÖVP gibt – und wer weiß, vielleicht ja auch bei SPÖ und Grünen.“*

3. EU und Europa

„Amerika hatte den ‚amerikanischen Traum‘, Europa die ‚europäische Integration‘, was kommt danach?“

Wer die Entwicklung in Europa in den letzten Jahren beobachtet, kommt zwangsläufig zum Schluss, dass die EU auf eine fundamentale Richtungsentscheidung zusteuert: *„Die EU geht auf einen Punkt zu“*, heißt es in einem Beitrag zur Arena Analyse, *„an dem es nur entweder ‚mehr Europa‘ oder ‚kein Europa mehr‘ gibt. Entweder es kommt zu größeren Kompetenzverschiebungen in Richtung Union – oder das Europa, wie es sich in der EU manifestiert, bricht auseinander.“*

Dabei geht es nicht um das Problem einer fehlenden gemeinsamen Außenpolitik oder einer fehlenden Sicherheitsarchitektur, die seit langem beklagt werden und bisher verhindert haben, dass Europa auf globaler Ebene als Großmacht wie die USA, Russland oder China wahrgenommen wird. Die Defizite betreffen vielmehr die Wirtschaftspolitik, also jenen Kern der europäischen Integration, der bisher als einziger funktioniert hat und als Beleg für die Richtigkeit der Vision vom vereinten Europa herhalten musste.

Doch nun hat die Finanzkrise und mehr noch die seither herrschende Phase der Konsolidierungen gezeigt, dass eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Stabilitätspolitik ein Schönwetterprojekt ist und nur in Perioden des Wachstums ohne größere Verwerfungen durchgehalten werden kann. Der gegenwärtige Zustand ist jedenfalls voll von politischer Sprengkraft: Arbeitslosenraten von 50 bis 60 Prozent unter den Jugendlichen in Spanien und im Süden Italiens, eine mühsam abgewendete Staatspleite in Griechenland, gleichzeitig ein Wirtschaftsboom in Deutschland, der zeigt, dass sich das reichste Land des Kontinents auf Kosten des Südens saniert hat.

Konsequenterweise ist Deutschland denn auch *„das einzige Land, in dessen Parlament keine eurokritische Partei vertreten ist. Die Ursachen für dieses deutsche Tabu hängen letzten Endes mit dem kollektiven Schuldkomplex in diesem Land zusammen. Weder Politiker, Ökonomen und Chefredakteure trauen sich, am Euro zu rütteln“*.

Die Frage, ob die Sparpolitik Merkels per se ökonomisch richtig oder falsch ist, spielt bei dieser Beurteilung gar keine Rolle. Die vorgeschlagenen Alternativen sind ohne Zweifel noch weniger überzeugend, nämlich entweder eine weitere Ausweitung der Staatsschulden (das ist der Weg, den Italien nach der Finanzkrise erfolglos eingeschlagen hat) oder eine Erhöhung der Abgabenlast (der kürzlich gescheiterte französische Weg). Entscheidend ist aber die Überzeugung, dass die gesamte Eurozone ein System der Transfers zum Ausgleich von Disparitäten in der wirtschaftlichen Entwicklung braucht. Nach Ansicht der meisten Experten ist das nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit und Solidarität, sondern vielmehr eine

wirtschaftspolitische Notwendigkeit – vor allem aber ein unerlässlicher Schritt zur Rettung des letzten Rests an politischer Stabilität: *„Die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des Euroraums und insbesondere die unvorstellbar hohe Arbeitslosigkeit in einer Reihe von südeuropäischen Staaten wird nicht viel länger von der Bevölkerung der betroffenen Länder hingenommen werden. Es ist geradezu unverständlich, wie wir unseren Schwesternstaaten solche Umstände weiter zumuten können. Jugendarbeitslosenquoten von über 50% sind für demokratische Systeme ganz sicher existenzgefährdend. In diesem Sinne müssen dortige Parteien rasch handeln.“*

Die ersten Anzeichen, dass die Bevölkerung die Lage im Sinne des obigen Zitats *„nicht länger hinnehmen“* will, lässt sich im Aufstieg der rechtspopulistischen Kräfte erkennen – *„massiv europafeindliche, meist sogar rechtsnationale Parteien und Vereine wachsen täglich“*. Umfragen zeigen, dass die EU-Gegner bei den EU-Wahlen im Mai 2014 massiv gestärkt werden dürften, es könnte sogar die absurde Situation eintreten, dass im EU-Parlament eine Mehrheit von Abgeordneten sitzt, die dieses Parlament gemäß ihrer Parteilinie eigentlich ablehnen. Die niederländische PVV (bekannt vor allem durch ihre islamfeindliche Rhetorik) fordert explizit die Abschaffung des EU-Parlaments und den Austritt Hollands aus dem Euro – Zustimmung derzeit 17 Prozent. In Frankreich liegt die Front National in den Umfragen auf Platz eins, in Österreich würde die FPÖ, wenn sie lediglich das Ergebnis der Nationalratswahl wiederholt, ihre Sitze verdoppeln. Die offen antisemitische Jobbik in Ungarn (Nummer drei im nationalen Parlament) fordert den Austritt aus der EU.

Noch weiter ist da nur Englands Premierminister David Cameron. Er hat ein Referendum versprochen, bei dem die britische Bevölkerung gefragt werden soll, ob sie in Europa verbleiben will – falls es dann noch eine *„britische Bevölkerung“* gibt, denn bereits im September 2014 werden die Schotten darüber abstimmen, ob sie sich nicht ihrerseits von England abspalten wollen. Auch die Tories werden von noch weiter rechts angesiedelten Populisten getrieben: Großbritanniens *„Jörg Haider“* heißt Nigel Farage, er wird selbst von seinen Gegnern als *„charmant und sympathisch“* bezeichnet und schimpft mit gewinnendem Lächeln über die abgehobenen Eliten in Brüssel oder Oxford, die unbedingt Millionen verarmter Balkanvölker in den Inselstaat schicken will.

Bleibt also den integrationswilligen EU-Ländern nur der Schritt in die *„Vereinigten Staaten von Europa“*, wenn sie nicht die Erfolge der Integration der letzten Jahrzehnte wieder aufs Spiel setzen wollen?

Die Frage wurde von den meisten Teilnehmern der Arena Analyse 2014 aufgeworfen, wobei die Einschätzungen der bevorstehenden Entwicklungen stark divergieren. Es handelt sich also um ein Issue, das erstens als wichtig erkannt wurde, dem zweitens Eskalation bevorsteht, bei dem aber drittens unklar ist, in welche Richtung die Würfel fallen werden.

Die möglichen Alternativen beschreibt ein Beitrag so: *„Aus meiner Sicht gibt es eigentlich nur zwei Möglichkeiten, um aus dieser Situation herauszukommen: Schaffung einer echten Transferunion in Europa mit Sondersteuern und massiven Zahlungsströmen von Nord nach Südeuropa. Oder Ausscheiden der südlichen Länder aus dem Euroraum und massive Abwertung ihrer neuen Währungen.“*

Man könnte es noch drastischer formulieren: Entweder der Kontinent entschließt sich, endlich die „United States of Europe“ (im Folgenden USE) zu gründen. Oder das Projekt des Euro wird auf einen stabilen Kern zurückgefahren, was einem Scheitern gleichkäme. Tatsächlich sind natürlich beide Optionen in der Praxis undurchführbar. *„Es scheint nahezu ausgeschlossen, die Bevölkerung in Nordeuropa dafür zu gewinnen, hohe Summen, für die wohl zusätzliche Steuern eingehoben werden müssten, an den Süden zu zahlen.“* Tatsächlich wird ein solcher Schritt zwar von vielen Experten in Aufsätzen und Interviews gefordert, aber bisher von keinem einzigen Politiker auch nur ansatzweise aufgegriffen.

Ein Festhalten am Euro ohne entsprechende Reformen in der Wirtschaftspolitik wird als bedrohliches Szenario aufgefasst: *„Anstelle einer durchdachten Reform der Entscheidungsprozesse entsteht gleichsam als Nebenprodukt ein Zentralismus, der das Prinzip der Subsidiarität einfach ablöst. Die Idee des Wettbewerbs wird durch Harmonisierung ersetzt, beides in Verletzung des Lissabonvertrags, aber gerechtfertigt durch währungspolitische Sachzwänge“.* Im schlimmsten Fall könnte das passieren, was im Kapitel 2 als größte Schwäche des österreichischen Föderalismus erkannt wurde: Dass nämlich jene politischen Entscheidungsträger, die Ausgaben oder Schulden verursachen, andere sind als jene, die für die Folgen verantwortlich sind. Wenn es nicht zu einem auf klaren Regeln beruhenden Transfersystem kommt, sondern lediglich zur *„Vergemeinschaftung der Schulden“*, dann führt dies *„unweigerlich zu einer langfristigen, aber dramatischen Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der Länder in der Eurozone. Die politischen Folgen dieser Politik sind Wachstumsschwäche und hohe Arbeitslosigkeit im Süden sowie Inflation im Norden.“*

Realpolitisch könnte das Ende des Euro nur von Frankreich eingeleitet werden, heißt es in einem Beitrag zur Arena Analyse, *„denn Deutschland wird niemals die Initiative dazu ergreifen, und die südlichen Länder sind zu schwach, könnten also allenfalls austreten, was aber nicht das Ende wäre. Dieses würde erst eintreten, wenn Frankreich dazu bereit ist. Nur Frankreich kann die Währungsunion beenden, in dem es entweder selbst den Franc wieder einführt oder Deutschland vorschlägt, den bereits diskutierten ‚Nord-Euro‘ zu schaffen.“*

Allerdings würde auch ein Auseinanderbrechen oder kontrolliertes Schrumpfen des Euroraums massive negative Folgen haben. *„Das Projekt EU wäre als Ganzes gefährdet, wenn es nicht einmal im Bereich der*

Wirtschaft und des Freihandels stabile Verhältnisse schaffen kann. Darüber hinaus müssten aber gerade Österreich und Deutschland wirtschaftliche Rückschläge erwarten.“ Denn wenn Länder wie Spanien, Italien, Griechenland wieder zu ihren eigenen Währungen zurückkehren, werden sie diese sofort abwerten, um ihre Staatsfinanzen zu entlasten – genau darin besteht ja der einzige Vorteil einer nationalen Währung. *„Österreich und Deutschland werden dann aufgrund ihrer übermäßigen Exportabhängigkeit auf Jahre in eine Rezession schlittern“.*

Aber warum ist die Idee der USE eigentlich so utopisch? *„Wir haben jetzt in der anhaltenden Krise die Gelegenheit, einen riesigen Schritt nach vorne zu machen“*, schreibt ein Experte der Arena Analyse. Krisenhaft ist die Entwicklung ja nicht nur im Hinblick auf Staatsschulden, schwächelnde Banken und Arbeitslosigkeit. Europa muss auch mit der Immigration aus Afrika fertig werden, mit der sinkenden Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den BRIC-Staaten und dem ökologischen Umbau des Wirtschaftssystems. Das stärkste Argument für eine weitere Integration besteht darin, dass keiner der europäischen Staaten – durchwegs Kleinstaaten im internationalen Vergleich – allein im Wettbewerb bestehen kann. Sogar Deutschland und die Schweiz haben ihre wichtigsten Exportländer in Europa.

Zudem *„sind wir ja schon auf halbem Weg: Die EU ist derzeit schon so tief auf vielen Gebieten integriert, dass der nächste Schritt in Form einer Verbesserung der Economic governance ganz logisch erscheint“.* Die Euro-Krise wäre in diesem Szenario eine „kreative Zerstörung“ im Sinne Schumpeters, die dazu führt, dass *„alte Governance-Strukturen verbessert werden, um in Zukunft krisenfester zu sein. Der institutionelle Umbau der Währungsunion in den letzten 2-3 Jahren zeigt in diese Richtung“.*

Allerdings müsste ein solcher Kurs von überzeugungsstarken Persönlichkeiten vorangetrieben werden. Leider herrschen *„auf europäischer Ebene Führungsschwächen, es fehlt an Leadership und Strukturen, um wirkungsvolle wirtschaftspolitische Maßnahmen umsetzen zu können“.*

Zudem gibt es auch keine Anzeichen, dass die Nationalstaaten in einen Prozess einsteigen, bei dem sie immer mehr Kompetenzen auf die EU-Ebene abgeben, *„bis der Punkt gekommen ist, ab dem die EU von einem Staatenbund qualitativ zu einem Bundesstaat kippt, also ein EU-Staat auch mit einem eigenen europäischen Volk entsteht“.* Für Österreich bedeutet das nicht so sehr ein grundlegendes Umdenken in der Politik als vielmehr ein stärker aktives Bekenntnis zu Entscheidungen, die derzeit eher verschämt getroffen werden: *„Die grundsätzlich pro-europäischen Parteien SPÖ, ÖVP, Grüne haben jeden Bezug zur EU peinlich vermieden, als müssten sie sich für ihre pro-EU Einstellung genieren.“*

EU-Politik sollte *„als Teil der Innenpolitik begriffen werden. Europa muss aktiv bei jeder Gelegenheit als verbindende und stärkende Kraft dargestellt*

werden. Das ist erforderlich, um die Europäische Union in den Köpfen und Herzen der österreichischen Wählerschaft und Bevölkerung zu verankern. Hierzu bedarf es einer gemeinsamen und konsequenten Anstrengung all jener, die den politischen und medialen Diskurs in Verantwortung für die Zukunft dieses Landes, für die Zukunft eines starken und geeinten Europas betreiben.“

Im Übrigen steht ein Thema von globaler Bedeutung auf der Tagesordnung, bei der die EU Weitblick und Entscheidungsstärke beweisen und zeigen kann, dass manche Probleme nur im europäischen Gleichschritt lösbar sind. Die Rede ist von der „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP), dem Freihandelsabkommen mit den USA, das für die europäische Wirtschaft große Möglichkeiten auf dem amerikanischen Markt eröffnen könnte, aber wegen vieler Detailbestimmungen stark in Kritik geraten ist. Gegner sehen die Gefahr, dass im Interesse des Freihandels Souveränitätsrechte aufgegeben werden. Vor allem sollen Einfuhrbeschränkungen aus ökologischen oder gesundheitspolitischen Gründen nur mehr in geringem Maße zulässig sein. Tatsächlich bieten ja solche Bedenken in der Praxis ein Instrument für Protektionismus durch die Hintertür (erinnert sei nur daran, dass Red Bull jahrelang in Deutschland als „gesundheitsschädlich“ verboten war). Andererseits differiert der gesellschaftliche Konsens über die Frage, welche Produkte unerwünscht sind, sehr stark. In den USA ist der Verkauf und Konsum von alkoholhaltigen Getränken wie Bier oder Wein streng reglementiert, dafür gehen die Konsumenten mit Gentechnik in Lebensmitteln recht entspannt um. Werden die jeweiligen Verbote künftig unter dem Regime der TTIP unzulässig?

Hier ein Vertragswerk zustande zu bringen, das berechtigte Bedenken berücksichtigt, aber heimlichen Protektionismus beseitigt und eine echte europäisch-amerikanische Freihandelszone errichtet, wäre ein Wurf, mit dem die EU bei ihren Bürgern punkten könnte. *„Die USA hätten das gern in aller Eile durchgepeitscht und drängen darauf, es noch mit der alten EU-Kommission abzuschließen. Gerade angesichts des NSA-Abhörskandals ist es aber unwahrscheinlich, dass das gelingen wird. Denn der NSA-Abhörskandal hat das Verhältnis zwischen den USA und Europa schwer belastet. Die Vertrauensbasis ist erschüttert. Da auch die in der Öffentlichkeit als sehr kritisch wahrgenommene Themen wie mögliches Sozialdumping und Einbußen bei der Lebensmittelsicherheit auf der Tagesordnung stehen, wird eine rasche Lösung kaum zu erzielen sein. Daher kommt der EP-Wahl 2014 und der Bildung der neuen EU-Kommission eine hohe Bedeutung bei der TTIP zu“.* Die TTIP wird vermutlich schon im Wahlkampf, spätestens aber danach eines der großen Themen im europäischen Diskurs werden.

Neben dem „Aus für den Euro“ und den „United States of Europe“ taucht noch eine dritte, optimistischere Position zur Zukunft der EU in der Diskussion auf. Sie plädiert dafür, die gute alte europäische Tugend des

3. EU und Europa

Pragmatismus neu zu beleben. Die Geschichte der europäischen Einigung ist seit ihren Anfängen geradezu geprägt von Entscheidungen, die angesichts unmöglicher Alternativen auf vorläufige kleine Schritte setzte und damit Entwicklungen in Gang brachte, die nach einiger Zeit die ursprünglich unüberwindlichen Hindernisse obsolet machten. Ein Zukunftsszenario der EU könnte also auch so aussehen: Die Wahlen 2014 bringen trotz aller Verschiebungen keine Richtungsentscheidung. Im Laufe der Periode bis 2018 beginnen die durch die Sparpolitik erzwungenen strukturellen Verbesserungen zu wirken. *„Dann wird sich zeigen, ob in den bisherigen Krisenländern nachhaltige Verbesserungen eintreten, was wieder einen Investitionsschub und kräftiges Wachstum zur Folge haben wird. Vor lauter Lamentieren über den ‚faulen Süden‘ soll man also nicht vergessen, sich schon jetzt auf den zu erwartenden Boom vorzubereiten.“*

4. Die Hartnäckigkeit der Sozialen Frage

Seit Kovar & Partners im Jahr 2006 zum ersten Mal ein Expertenpanel befragt und daraus eine Arena Analyse erstellt hat, kommt den Issues große Bedeutung zu, die sozialen Zusammenhalt und soziale Sicherheit betreffen. Das weist nicht nur auf die Wichtigkeit sozialpolitischer Fragen hin, sondern auch darauf, dass sie hartnäckig ungelöst bleiben, oder in anderem Gewand immer wieder auftauchen. Auch unter den Beiträgen für die Arena Analyse 2014 finden sich zahlreiche Beiträge zu dieser Frage. Exemplarisch dazu ein Zitat: *„Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Sie wächst in Österreich, aber auch zwischen den Staaten. Im Gegenzug zerbröckelt die Solidarität immer mehr.“*

Die Bereiche, wo Fehlentwicklungen beobachtet werden, sind unverändert dieselben: Finanzierungsprobleme im Pensions- und im Gesundheitssystem, Präkarisierung des unteren Mittelstands durch die Veränderungen in der Berufswelt. Die großen Schlagworte, die in der Sozialpolitik der kommenden Jahre eine zentrale Bedeutung spielen werden, lauten „Inklusion“ und „Generationengerechtigkeit“. Dazu kommt immer mehr die Frage der Leistungsgerechtigkeit – wer hat Anspruch auf Leistungen, welche Pflichten sind damit verbunden, wie gerecht ist das Verhältnis von Pflichten zu Ansprüchen?

Inklusion

Der Begriff wurde ursprünglich geprägt für Fragen im Zusammenhang mit der Teilnahme von Menschen mit Behinderungen am Alltagsleben. Behinderte wollen nicht „betreut“ werden, sondern eine Welt vorfinden, die so gestaltet ist, dass sie ein selbstbestimmtes Leben führen können – von rollstuhlgerechten Hauseingängen bis zur Akzeptanz als Mitarbeiter in Unternehmen.

Immer öfter taucht das Wort aber auch in Diskussionen auf, wo es um sozial verursachten Ausschluss aus dem Mainstream geht. *„Bei Inklusion geht es letztlich immer um Menschenwürde. Deshalb ist die soziale Gerechtigkeit massiv davon betroffen: Haben wir ausreichend praktikable Arbeitsmodelle für Mütter, die zurückkehren? Lassen wir das weitere Vordringen von Leiharbeit zu? Finden wir Formen, die auf Basis eines Grundeinkommens laufen?“*

Inklusion erfordert also die vernetzte Sicht auf eine Vielzahl von Politikfeldern: *„Wer übernimmt die Letztverantwortung für die Inklusion von alten Menschen? Wer kümmert sich um die Integration von Flüchtlingen und Asylwerbern? Wer schaut auf die Rechte von Kindern, auf die Einhaltung des Prinzips, dass kein Kind beschämt werden darf?“*

Die Bildungspolitik ist ein wichtiger Ansatzpunkt für ein langfristig auf Inklusion bedachtes Gesellschaftsmodell. *„Untersucht man den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Bildungsabschluss, so zeigt sich wohl*

4. Die Hartnäckigkeit der Sozialen Frage

klar und deutlich, dass eine Senkung der sogenannten Schulabbrecher (etwa 7,5%) die wichtigste bildungspolitische Aufgabe der nächsten Jahre sein muss“.

Somit wird die Schulpolitik unversehens zu einem Instrument der langfristigen Sozialpolitik. Bildung, genauer die Art des Schulabschlusses ist der wichtigste Faktor bei der statistischen Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden. Die Dynamik zeigt, dass sich die Verdrängung von Menschen ohne Ausbildung aus der Arbeitswelt verstärkt. *„Die Statistik zeigt, dass die Arbeitslosenquoten seit 1990 bei Personen mit Matura (3,5%), mit Universitätsabschluss (2,5%) oder mit Lehrabschluss (6,5%) annähernd stabil geblieben sind. Dagegen aber hat sich die Arbeitslosenquote von Personen, die lediglich Pflichtschulabschluss vorweisen, von neun auf über 19% mehr als verdoppelt.“*

Die Konsequenz kann nur lauten, dass es im Sinne der Inklusion nicht genügt, wenn sich die Bildungspolitik darauf konzentriert, Jugendlichen Schulabschlüsse zu verschaffen. Erst wenn daran auch eine abgeschlossene Berufsausbildung anschließt, sind die Chancen auf einen Start ins Leben ausreichend gegeben.

Generationengerechtigkeit:

Bisher wurde die Debatte um die Pensionsreform vor allem unter dem Aspekt des Eintrittsalters und der Höhe der Bezüge (im Verhältnis zur Zahl der Beitragsjahre) geführt. Mit dem Begriff „Generationengerechtigkeit“ wird das Thema um eine wichtige und zugleich problematische Dimension erweitert. „Gerechtigkeit“ ist ein Wert, dem gewiss niemand seine Bedeutung absprechen wird. Doch lässt sich selten Konsens darüber finden, was in einem konkreten Fall denn jetzt wirklich darunter verstanden werden muss. Ist es ungerecht, wenn ein 60-Jähriger, der 40 Jahre lang Beiträge ins System eingezahlt hat, plötzlich erfährt, dass er noch 5 Jahre weiter arbeiten muss, ohne dass sich deshalb sein künftiger Pensionsbezug erhöht? Oder ist es vielmehr ungerecht gegenüber der Generation der Erwerbstätigen, dass sie für das Lebensalter eines heute 65-Jährigen im Wege des Umlageverfahrens wesentlich mehr aufwenden müssen, als das ihre Eltern vor 20 Jahren mussten, weil ein 65-Jähriger heute eine Lebenserwartung bis 80 und nicht mehr bis 75 hat?

Wie in vielen anderen Politikbereichen auch, wäre es daher vernünftiger, von „Interessenausgleich“ zu reden statt von „Gerechtigkeit“. Dessen ungeachtet richtet der neue Begriff aber den Blick auf die Tatsache, dass es nicht nur um die Ruhestandsbezüge und deren Finanzierbarkeit geht, sondern um weit mehr. Etwa um die Frage, welche Jobs wir Menschen über 65 anbieten können, wenn die Forderung nach späterem Pensionsantritt tatsächlich verwirklicht wird. Oder um die Frage, wie heute die Voraussetzungen geschaffen werden können, damit die jetzt 30-Jährigen 2050 oder später ebenfalls in Pension gehen können.

Die Experten der Arena Analyse 2014 wünschen sich deshalb einen *„Generationendialog zwischen Jung und Alt, einen gesellschaftlichen Dialog, weil wir irgendeine Form von Deal brauchen werden betreffend Pensionen: Was können die Alten den Jungen geben und die Jungen den Alten?“*

Politisch geht es eher um die Hebel zur Umsetzung als um das Finden von Konsens. *„Die Notwendigkeit von weiteren grundlegenden Reformen im staatlichen Pensionssystem ist unter allen Expertinnen und Experten völlig unbestritten. Auch liegen die wesentlichen Argumente für die Notwendigkeit von Reformen (höhere Lebenserwartung, Verkürzung der durchschnittlichen Berufs- und damit Versicherungsjahre bei gleichzeitig massiv steigenden Pensionsbezugsjahren) mittlerweile so klar auf der Hand, dass sie der Bevölkerung leicht vermittelbar wären. Allerdings verlieren auch die logischsten Sachargumente schnell an Bedeutung, wenn persönliche Betroffenheit diesen entgegensteht.“*

Die Einsicht in die Notwendigkeit eines höheren Pensionsantrittsalters ändert nichts daran, dass fast alle Betroffenen wünschen, selbst noch davon verschont zu werden. Als Folge gehen die Regierungsparteien dem Thema aus dem Weg – immerhin sieht der aktuelle Koalitionsvertrag die Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters bis 2018 um 1,7 Jahre vor. Ein eher zaghaftes Ziel in den Augen der Experten, denn *„das Zeitfenster für mögliche Reformen steht nicht mehr lange offen“*. Die Gefahr besteht darin, dass die Zahl der Wähler, die älter als 60 sind, so groß wird, dass ernsthafte Reformen demokratisch nicht mehr durchsetzbar sind: *„Das Durchschnittsalter eines oder einer Wähler/in lag bei der Nationalratswahl 2013 aktuell bei bereits 49(!) Jahren. Nach der vorliegenden Bevölkerungsprognose wird es noch vor 2030 bei 60 Jahren liegen. Womit aus meiner Sicht eigentlich bereits jetzt von einer geringen Wahrscheinlichkeit ausgegangen werden muss, dass unser Pensionssystem noch reformiert wird, bevor es nicht mehr finanzierbar ist und damit auseinander bricht“*.

Wer hat Anspruch auf Leistungen?

Die Diskussion um Steueroasen auf der einen Seite und den Zugang von Migranten oder nicht im Inland ansässigen Erwerbstätigen hat gezeigt: Die Zuordnung von Individuen zu einer Entität, der sie Abgaben schulden, an die sie aber auch Leistungsansprüche haben, ist längst nicht mehr so einfach, wie das unsere Transfersysteme vorgaukeln. Schon bei den Steueroasen kann der formalrechtliche mit dem realen Wohnsitz (oder Sitz eines Unternehmens) auseinanderklaffen. Nur sind es eben bisher eher Einzelfälle, wo Künstler, Sportler, Freiberufler ihr Geld in Österreich oder Deutschland verdienen und lediglich peinlich genau darauf achten, dass sie exakt 183 plus 1 Tage in Liechtenstein verbringen, um dort als steuerpflichtig anerkannt zu werden. Um deutlich mehr Geld geht es da schon bei Unternehmen, die über das Internet mit Waren handeln und ihren Firmensitz auf Malta oder in Gibraltar haben, auf den Kanalinseln

4. Die Hartnäckigkeit der Sozialen Frage

oder in Monaco (die Steueroasen in Europa sind erstaunlich zahlreich): Die Kunden sitzen in den EU-Ländern, die Mitarbeiter und Distributionslager ebenfalls – nur die Steuern werden nicht dort gezahlt, wo das Geld verdient wird.

Auf der anderen Seite gibt es in allen EU-Ländern gesetzliche Einschränkungen hinsichtlich der Ansprüche von Nicht-Staatsbürgern auf Sozialleistungen – obwohl diese Migranten Steuern und Sozialabgaben leisten, als Zahler also sehr wohl in das System der Umverteilung einbezogen werden.

Beispiele dieser Art zeigen, dass politische Konflikte bevorstehen, bei denen es um die Bezugseinheit für Pflichten und Leistungen geht. *„Verstärkte funktionale und regionale Trennung von Beruf, Familie, Bildung und Freizeit wird neue Fragen der Transferfinanzierung aufwerfen“*, heißt es in einem Beitrag zur Arena Analyse.

Das kann so weit gehen, dass das Prinzip der nationalen Staatsbürgerschaft in Frage gestellt werden wird, lautet eine konkrete Vorhersage: *„Das Hauptwohnsitzprinzip als Grundlage zur Berechnung und Erbringung staatlicher Leistungen und Abgaben, wie es in Österreich üblich ist, wird nicht haltbar sein. Ein Individuum wird nicht mehr als Einheit definiert werden können, sondern durch eine Vielzahl von Rollen und daraus resultierenden unterschiedlichen Identitäten.“*

Das System der Transferleistungen kann diesem Wandel nur folgen, indem es auf internationaler Ebene neu definiert wird. Das erfordert ein hohes Maß an Anpassung der bisher staatlich geregelten Ansprüche, Abgaben und Leistungen auf internationaler Ebene, eröffnet aber zugleich die Chance, bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen: *„So reduziert sich die Bedeutung staatlicher und regionaler Unterschiede für Phänomene wie Steuerflucht oder Migration. Daraus resultiert ein geringerer nationaler und internationaler Kontroll- und Überwachungsaufwand, geringere Kosten durch weniger eigenstaatliche Regulierungen, eine effizientere Verwaltung, sowohl auf sub-nationaler, als auch auf supra-nationaler Ebene.“*

Umbrüche im Gesundheitssystem

Ein Problem für sich stellt weiterhin das Gesundheitssystem dar. *„Gesundheit und Pensionen werden die Megathemen der nächsten Jahre in der österreichischen Innenpolitik“*, notiert denn auch ein Arena-Analyse-Teilnehmer knapp. Anders als bei Pensionen, Arbeitslosen oder der Einkommensschere liegt der Kern der beunruhigenden Entwicklung hier nicht in einem Verteilungsproblem, sondern kommt aus der inneren Logik der Gesundheitsindustrie selbst. Die Lebenserwartung steigt und damit die rein arithmetische Anzahl an Jahren, in denen Menschen Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen. Gleichzeitig bringt der medizinische Fortschritt immer mehr an Möglichkeiten, die daher auch den Standard an nachgefragten Leistungen immer weiter erhöhen: Noch vor 15 Jahren

waren künstliche Hüftgelenke eine ausgefallene orthopädische Rarität, inzwischen gehören sie zum Alltag in den Spitälern. Ganz ähnlich gehören auch die früher exotischen Untersuchungen mit Magnetresonanztomographen bei immer mehr Krankheitsbildern zur „State of the art“.

Es ist aber vor allem der wachsende demographische Druck, auf den nach Ansicht der Arena-Analyse-Experten das österreichische Gesundheitswesen zu langsam reagiert: *„Viele der immer häufiger auftretenden Probleme, wie überfüllte Ambulanzen, virtueller Ärztemangel in Spitälern und im Kassensystem, sich verschlechternde Versorgung chronisch Kranker, rührten daher, dass unser Gesundheitswesen noch immer zu stark auf akute Behandlung und nicht auf langfristige Versorgung ausgelegt ist. Aber eine alternde Bevölkerung benötigt eben ein langfristige Versorgung chronischer Krankheiten und weniger Akutbetten.“*

Die finanziellen Schwierigkeiten werden sich in den nächsten Jahren verschärfen, weil jetzt die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboom-Generation in jenes Alter kommen, wo sie zum einen aus dem Erwerbsleben (sprich: als Beitragszahler der Krankenkassen) ausscheiden, zum anderen mehr und mehr an Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen. *„Die Babyboom-Generation hat kein Gesundheitsbewusstsein und keine Gesundheitskompetenz im Sinne von Health Literacy entwickelt. Erst recht haben sie keine eigene finanzielle Vorsorge getroffen. Es wird eine Welle an Kosten für die Versorgung chronischer (Alters-)Krankheiten auf uns zukommen, die das Gesundheitssystem in der derzeitigen Organisationsform praktisch unfinanzierbar machen wird.“*

Die Experten der Arena Analyse 2014 erwarten, dass die Krankenkassen, die derzeit nach den Sparprogrammen der letzten fünf Jahre finanziell saniert dastehen, schon bald wieder unter Druck geraten werden: *„Da die Kassen aus machtpolitischen Gründen weiterhin nicht zusammengelegt werden wollen, werden Kassenrettungspakete nötig werden. Sondereffekte wie die Einmal-Entlastung durch den Medikamentenpreisverfall sind in Zukunft nicht mehr zu erwarten.“*

Diese Entwicklung kündigt sich schon länger an. Bisher hat die Gesundheitspolitik darauf mit Mitteln reagiert, die das Problem nicht lösen, sondern verschleiern, zum Beispiel *„die versorgungswissenschaftlich unsinnige Rationierung durch lange Wartezeiten oder Genehmigungsverfahren“*. Eine andere Strategie war die *„Verlängerung von Problemen, wodurch die Kosten aus der Sozialversicherung hinaus in Einrichtungen unter Länderkompetenz verschoben wurden – vor allem Spitäler und Pflegeeinrichtungen.“*

Die Gesundheitsreform 2013 hat diese Probleme noch verstärkt. Die Folge wird sein, dass zunächst *„die Mehrklassenmedizin weiter zunimmt“*. Lange Wartezeiten führen dazu, dass einkommenstärkere Bevölkerungsgruppen Behandlungen privat zahlen werden, um schneller Termine dafür zu erhalten. Im diesem privaten Bereich herrscht im Übrigen längst schon

4. Die Hartnäckigkeit der Sozialen Frage

internationaler Wettbewerb. Zahnbehandlungen und kosmetische Operationen im benachbarten Ausland haben sich schon bald nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs eingebürgert. Ein Beitrag zur Arena Analyse weist darauf hin, dass asiatische Staaten mit geringem Lohnniveau sogar Angebote zur längerfristigen Betreuung von pflegebedürftigen Europäern entwickeln: *„Weil so etwas in Europa immer weniger leistbar wird, florieren mittlerweile Angebote, europäische Demenzkranke in Thailand zu versorgen“*.

In Österreich öffnet sich zwischen den beiden Polen „teure Privatleistung“ und „langes Warten auf die Versicherungsleistung“ ein dritter Weg, nämlich jener der Intervention über Netzwerke. Wer einmal Gelegenheit hat, mit führenden Spitalsärzten vertraulich über ihren Berufsalltag zu reden, erfährt schnell, dass sie im Schnitt mehrmals am Tag Anrufe von einflussreichen Personen erhalten, die für sich selbst oder für Angehörige einen schnelleren Operationstermin haben wollen – Politiker und Spitzenmanager greifen ebenso zu diesem Schritt wie Funktionäre der Krankenkassen, getrieben von dem menschlich verständlichen, aber moralisch inakzeptablen Wunsch, ein Problem zu umgehen, das offiziell gar nicht existiert.

Mit der Zunahme der Wartezeiten wird dieser verschämt verschwiegene Graubereich (von dem jedoch jedermann ohnehin annimmt, dass er existiert) stärker ins Licht der Öffentlichkeit geraten – die Ethikdiskussion wird also auch diesen Politikbereich einholen. Erste Ansätze wie eine „Gläserne Warteliste“ zeigen, dass die Politik bereits erkannt hat, welches Skandalpotenzial hier schlummert.

Für alle, die sich ein Überspringen der Warteliste nicht leisten können, wird die Gesundheitsversorgung de facto schlechter werden. Damit steigt zum einen der Druck darauf, die Effizienz der Gesundheitssysteme zu erhöhen. Zum anderen sehen Experten eine *„Opt-Out-Bewegung von jenen kommen, die sich eben über das Wahlarztssystem und Privatversicherungen die Gesundheitsversorgung selbst organisieren“*. Gerade jene, die zu den Nettozahlern des Systems gehören, werden gegen die Quersubventionierung der Kassen Einspruch erheben. Ob daraus Umbrüche im Sozialversicherungssystem entstehen, hängt vom Ausmaß des politischen Drucks ab, den eine Gruppe entwickelt, die *„eine positive Risikoselektion darstellen und damit niedrigere Versorgungskosten provozieren. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Politik dieser Bewegung nachgeben muss.“*

5. Wirtschaften heißt Werte schaffen

Der Titel dieses Clusters lautet sehr bewusst „Wirtschaften“ und nicht einfach „Wirtschaft“. Ein wichtiges Ergebnis der Arena Analyse 2014 lautet nämlich: Der Bereich der Ökonomie muss stärker ganzheitlich betrachtet werden, nicht in einem esoterischen Sinn, sondern in seiner Vernetztheit mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Ökologie, letztlich auch der Sinnstiftung und der Vielfalt individueller Lebensentwürfe.

„Wirtschaft ist Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck“, lautet ein programmatisches Zitat dazu, „wir müssen die Wirtschaft den gesellschaftlichen Zielen dienstbar machen, nicht die Gesellschaft ökonomischen Zwängen ausliefern.“

Ethik und Sinnsuche

Gerade weil die Wirtschaft lange Zeit als ein Subsystem mit eigenen Regeln galt, wo im Zweifel moralische Bedenken dem Prinzip der Ertragsmaximierung untergeordnet wurden, hat hier die Forderung nach Fundierung durch Werte besonders massiv gegriffen. *„Angesichts von Finanzskandalen und überhöhten Managergagen wird immer deutlicher, dass nur auf Gewinn ausgerichtete Wirtschaftsprinzipien auf Unverständnis stoßen und zu schweren sozialen Konflikten in der Gesellschaft führen können“.* Die ethische Fundierung des Wirtschaftens geht dabei in zwei Richtungen.

Zum einen fordern Konsumenten, dass die Waren und Dienstleistungen, die sie erstehen, aus einer ethisch untadeligen Wertschöpfungskette stammen. Der Druck, diese Aspekte nachzuweisen, steigt: Stammen die Rohstoffe aus nachhaltiger Produktion? Sind sie frei von Pestiziden? Wurden die Produzenten der Rohstoffe fair entlohnt? Welche Arbeitsbedingungen herrschen in den Fabriken, aus denen die verwendeten Halbfertigprodukte stammen? Wie ernst nimmt der Hersteller des Endproduktes seine gesellschaftliche Verantwortung?

Diese von Konsumenten und einschlägigen Verbänden getriebene Bewegung ist weit fortgeschritten, wenn auch noch nicht in allen Bereichen: *„Österreich ist führend, was bewussten Konsum bei Lebensmitteln betrifft, da ist viel passiert. Wenn die Entwicklung so weitergeht, wird als nächstes das Herkunftsbewusstsein bei Textilien gestärkt werden, wodurch enorme Fortschritte möglich wären“.*

Zur Werteorientierung der Unternehmen gehört auch ein als fair empfundenes Gehaltsschema. Wo die Gehälter am unteren Ende der Pyramide von den Bezügen der Spitzenmanager allzu weit auseinanderklaffen, regt sich Widerstand, der sich im Falle mancher deutscher Managerbezüge auch schon bis zu Medienskandalen auswuchs: *„Die geradezu ins uferlose gestiegenen Einkommen in manchen Bereichen wird*

nicht mehr einfach hingenommen. Offenbar stecken hier massiv falsche Anreize im System.“

Der zweite Hauptstrang der ethischen Fundierung der Wirtschaft betrifft die eigene Berufswelt der Menschen. Auch hier wird immer mehr der Anspruch gestellt, dass die Arbeit ethisch untadelig und zudem persönlich sinnstiftend sein muss. *„Mitarbeiter in Konzernen sind immer öfter verunsichert: Was tun wir da eigentlich? Wo geht es da hin? Die Sinnsuche in den Unternehmen ist in vollem Gang.“*

Der Aspekt der Sinnstiftung spielt vor allem bei Jüngeren eine immer größere Rolle. *„Junge Arbeitskräfte sind nicht mehr ausschließlich darauf bedacht, genügend Geld für den eigenen Erhalt sowie den Erhalt ihrer Familien zu akquirieren, vielmehr spielt die Selbstverwirklichung und das Bedürfnis nach sinnstiftendem Handeln eine immer größere Rolle. In einer Gesellschaft, in der Individuen immer weniger direkten und persönlichen sozialen Kontakt pflegen und die Eigeninteressen zunehmend im Fokus stehen, wird die Bedeutung des eigenen Lebens und damit die Bestrebung dem eigenen Leben Sinn zu verleihen, immer wichtiger“.*

Spätestens hier wird die Entwicklung auch zu einem politischen Thema, denn die Frage, ob sich ein ausreichend großer Teil der jüngeren Bevölkerung mit dem Wirtschaftssystem identifiziert und bereit ist, dort Leistungen zu erbringen, hat wesentliche Auswirkungen auf die Entwicklung eines Landes: *„Das ist in der Politik und bei den Arbeitgebern noch nicht in ausreichendem Maß angekommen. Die Motivation der Arbeitnehmer spielt für den wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens eine elementare Rolle, daher wird es für den Erhalt der wirtschaftlichen Stärke Österreichs wichtig sein, genügend eigenen Spielraum für die Arbeitskräfte zu kreieren sowie ihrem Wunsch nach Individualität entgegenzukommen. Die Arbeitgeber und die Politik werden gezwungen sein, wollen sie den wirtschaftlichen Erfolg Österreichs erhalten, mehr auf die Arbeitnehmer einzugehen und sie als kreative Individuen zu betrachten“.*

Die ersten Beispiele sind ermutigend: *„Einige, wenn auch wenige, Unternehmen haben bereits begonnen, die Potentiale ihrer Arbeitnehmer zu nützen und sie mit ihren eigenen Ideen an der Unternehmensentwicklung teilnehmen zu lassen, anstatt die Arbeitnehmer ausschließlich mit Routinearbeiten zu beschäftigen. Diese Einbeziehung in ein Unternehmen schafft nicht nur eine bessere Bindung zum Unternehmen, sondern überträgt den Mitarbeitern auch Verantwortung sowie das Gefühl, etwas leisten zu können und etwas Sinnstiftendes zu tun. Ein kreativer Freiraum für Arbeitnehmer schafft eine höhere Zufriedenheit und erhöht damit die Motivation der Mitarbeiter. Es kann gehofft werden, dass viele Unternehmen und auch die Politik diese Bewegung des Menschen hin zu mehr Selbstverwirklichung erkennen, und den Arbeitnehmern den nötigen Entwicklungsraum schaffen.“* Konkret geht es darum, die Arbeit der Mitarbeiter stärker selbstbestimmt zu machen und Abweichungen

zuzulassen. In Abteilungen, wo explizit das Finden neuer Ideen gefragt ist, werden solche Freiräume (die auch eine erhöhte Fehlertoleranz beinhalten müssen, da ja neue Methoden oder individuelle Abweichungen nicht zwangsläufig zu Verbesserungen führen) bereits gezielt organisiert. Zum Beispiel schaffen Unternehmen *„spezielle Zeiträume während der regulären Arbeitszeit für die Arbeitnehmer, die sie für die Entwicklung kreativer Ideen und neuer Strategien für ihr Unternehmen nützen können. Das fördert die Vernetzung unter den Arbeitnehmern und gibt den Arbeitnehmern das Gefühl, als kreativ denkende Menschen wahrgenommen zu werden; dazu würde etwa auch eine Verflachung der Hierarchien beitragen.“*

Gemeinwohl, Gemeinwirtschaftliches Prinzip

Die Idee einer „Gemeinwohlökonomie“ ist ein radikaler Ansatz für ein Wirtschaftssystem, bei dem die Triebkraft zu Produktion und Innovation nicht im persönlichen Gewinnstreben bestehen soll, sondern in der Steigerung des Gemeinwohls. Rein ökonomisch sind die Modelle recht dürftig und bauen einstweilen eher auf Wunschvorstellungen und ethische Appelle als auf plausible Vorschläge, wie sich Wirtschaftswachstum und sozialer Ausgleich im internationalen Wettbewerb organisieren lassen.

Dennoch sind einzelne Teilnehmer der Arena Analyse der Meinung, dass auch diesen noch recht unausgegrenzten Anfängen ein Trend erwachsen könnte: *„Die Frage gemeinwirtschaftliches Prinzip versus Gewinnstreben wird auf die Agenda drängen“*. Während die Idee derzeit stark von NGOs und eher wirtschaftsfernen Organisationen (etwa konfessionellen Gruppen) getragen wird, erwarten Experten, dass die Debatte bald in der Wirtschaft selbst ankommen wird. *„Da wird es einen starken Druck von innerhalb der Wirtschaft geben. Welche Formen von Ökonomie sind noch tragbar? Ist es nachhaltig, Leute auszuemporn?“*

Als Folge werden Unternehmen selber daran gehen, relevante Gruppen in Entscheidungsprozesse einzubinden: *„Die Frage, wie können wir uns dem Gemeinwohl nähern, wird stärker auf der praktischen als theoretischen Ebene abgehandelt werden. Bald werden Unternehmen anfangen, Gemeinwohlabilanzen zu erstellen.“*

Dabei ist noch nicht ausgemacht, dass tatsächlich ein System entsteht, das den Modellvorstellungen der Gemeinwohl-Theoretiker entspricht. Die Vorhersage lautet lediglich, dass Fragen des Gemeinwohls bei der Beurteilung des Wirtschaftens eine immer größere Rolle spielen werden, sehr wahrscheinlich wird sogar eine Entwicklung eingeleitet, bei der *„wir eine gesunde Mischform aus volkswirtschaftlicher Bedarfsdeckung (zur sozial gerechten Befriedigung der Grundbedürfnisse) und Gewinnorientierung finden“*.

Sharing Economy

Trotz der begrifflichen Ähnlichkeit hat Sharing Economy nichts mit Gemeinwohl oder gar kollektivem Eigentum zu tun – das ist ein

Missverständnis, hervorgerufen durch die Doppelbedeutung der deutschen Übersetzung von „sharing“, nämlich „teilen“. Hier ist aber nicht „teilen“ in seiner moralischen, auf christlichen Wertvorstellungen beruhenden Bedeutung gemeint („Wer mehr besitzt, soll dem geben, der weniger hat...“). Es geht vielmehr um Systeme, die es möglich machen, Waren und Dienstleistungen zu nutzen, ohne sie deshalb besitzen zu müssen.

Die Sharing Economy greift also die alte Idee des Mietens und Vermietens neu auf und bringt sie mit den Möglichkeiten von Social Media zusammen: Wer ein Auto hat, das er nur am Wochenende braucht, kann es doch von Montag bis Freitag gegen Geld für Fahrten in der Stadt zur Verfügung stellen. Wer seine Wohnung vorübergehend nicht nutzt, weil er grad drei Wochen Urlaub macht, kann sie doch in dieser Zeit untervermieten. Und warum sollte das nicht auch mit Rasenmähern (die bei durchschnittlichen Gartenbesitzern 2-3 Stunden in der Woche tatsächlich genutzt werden), Bohrmaschinen, Ausflugs-Motorrädern und vielen Dingen mehr auch funktionieren?

Die Idee steht in Österreich noch recht am Anfang, *„es gibt mittlerweile in Österreich eine kleine Szene an Startups, die im Bereich Sharing Economy aktiv sind und auch das Thema medial treiben. Auch auf EU-Kommissions-Ebene wurde das Thema erkannt und es wird mit Studien versucht zu ergründen, welche Auswirkungen das haben wird und mit welchen gesetzlichen Rahmenbedingungen man dieser Entwicklung auch einen sicheren Rahmen geben kann, um sie weiter zu fördern.“*

Die Befürworter der Sharing Economy sehen darin einen tiefgreifenden Paradigmenwechsel. Denn natürlich bedingt ein System wie das oben skizzierte, wenn es ins Große gedacht wird, dass wesentlich weniger Produkte angeschafft und dafür die bestehenden besser ausgelastet werden. Sharing Economy verringert also den Ressourceneinsatz bei annähernd gleichem Nutzen: *„Das Sharing-Modell wird sich über kurz oder lang durchsetzen, weil es kostengünstiger, friedlicher, nützlicher ist. Mit Sharing ist hier sehr viel gemeint, also auch in Städte ziehen, weil dort insgesamt alles näher und kostengünstiger und weniger zeitaufwändig ist“.*

Über die simple Nutzung von Produkten hinaus sehen die Vordenker der Sharing Economy das Potenzial, die Idee der Beteiligung auf eine neue Ebene zu heben: *„Es wird mehr Möglichkeiten geben sich einzubringen, aber nur für jene, die sich engagieren. Diese Menschen aber wollen immer tiefer in der Wertschöpfungskette mitwirken und beteiligen sich mittlerweile in Form von Co-Design, Co-Creation, Co-Innovationen bereits an der Produktion von Produkten und Dienstleistungen.“*

Während Car-Sharing bereits in vielen Städten erfolgreich praktiziert wird, stecken andere Beteiligungsmodelle noch in den Kinderschuhen. Sehr weit gediehen ist der Gedanke indes in der Bauwirtschaft: *„Beteiligungsformen im Wohnbau sind fast schon unverzichtbar. Wir wohnen lieber dort, wo wir selbst mit gestaltet haben. Das Einfamilienhaus auf der grünen*

Wiese ist ja nicht beliebt wegen der Grünen Wiese (die zwingt uns zum Pendeln), sondern weil wir bisher glaubten, dass es uns glücklich macht, wenn wir selbst diese Häuser mit geplant haben. Wenn der verdichtete Wohnbau unter Mitgestaltung abläuft, dann leben wir lieber näher zusammen und in der Nähe des Arbeitsplatzes bzw. der kulturellen Einrichtungen.“

Die Vorbehalte gegen ein System des gemeinsamen Nutzens (das aber ökonomisch fundiert ist und eben gerade nicht auf Ideen der Kommunitarität beruht) sind stark emotionaler Natur, bemerkt ein Beitrag zur Arena Analyse: *„Viele in Österreich hängen noch dem alten Konzept von Eigentum als alleiniger Möglichkeit von Konsum nach und tun sich schwer mit der Vorstellung, dass jemand anderer ihr Auto nutzt bzw. vor der Haustüre steht und ihren Bohrhammer ausleiht. Weiters sind wir weitestgehend auch noch in allen relevanten Geschäftsmodellen – Medien, Produktion, Handel, Versicherung, Finanzen – auf Konsum ausgerichtet.“*

Resilienz des Wirtschaftssystems

Die Wirtschaft in den Industriestaaten hat in den letzten 10 bis 15 Jahren vor allem in Effizienz investiert und dabei zuwenig auf die Robustheit der Systeme angesichts von Störungen geachtet. Die Resilienz, also die Fähigkeit, nach Krisen aller Art rasch wieder einen stabilen Zustand zu erreichen, hat darunter gelitten. Es wird also nötig sein, Fragen der Ausfallssicherheit in Zukunft mehr Raum zu geben und interdependente Abhängigkeiten zu verringern.

Zitat: *„Wir haben in den letzten Jahren viel in unserer Gesellschaft optimiert und vernetzt: Just-in-Time Logistik, Applikationen in der Cloud basierend auf einer Vielzahl von Dienstleistern, Online-Handel (Privatkunden und vor allem im B2B Bereich), Echtzeithandel für Strom, etc. Logistik und Lagerhaltung wird nach Osteuropa outsourct, IT und CRM stehen in Indien. Das macht die technische und wirtschaftliche Grundlage unserer Gesellschaft immer komplexer. Die Abhängigkeitsgraphen werden immer dichter und auch zeitlich enger: Wenn eine Komponente in diesem Spiel ein Problem hat, dann kann das sehr schnell sehr relevante Seiteneffekte haben.“*

Die hohe Abhängigkeit von großen Systemen zeigt sich schon bei simplen Stromausfällen – *„Wien im Winter drei Tage ohne Strom trauen wir uns gar nicht vorzustellen“*. Sowohl private Haushalte als auch das produzierende Gewerbe sind auf die öffentliche Stromversorgung angewiesen (lediglich große Industriebetriebe verfügen über eigene Generatoren) – die Dienstleistungsbranche erst recht, deren Arbeit ja zu einem großen Teil via Computer erledigt wird und elektronische Kommunikation erfordert.

Das Beispiel des Stromausfalls ist aber noch eher simpel. Tatsächlich haben auch Naturkatastrophen in anderen Weltregionen durch die globalen Logistikketten Auswirkungen auf Österreich: *„Ein Hochwasser in Thailand*

hat die Festplattenpreise massiv beeinflusst; Fukushima hat uns gezeigt, dass es für manche Zulieferer aus der Gegend kaum Alternativen gab“.

Die Komplexität der Systeme wächst weiter an, selbst Experten können nicht mehr mit Sicherheit sagen, ob diese Komplexität noch beherrschbar ist. *„Wir wissen schlicht nicht, wie das alles in der Krise noch zusammenspielt. Wir haben paradoxerweise zu viel Glück gehabt: massive Streiks, Erdbeben oder extreme Klima-Events passieren zum Glück viel zu selten, als dass wir in ihrer Bewältigung geübt wären.“*

Lediglich die Bankenkrise von 2008 hat den Blick auf ein Teilsystem gelenkt, in dem die Komplexität ein Ausmaß annahm, das von den Teilnehmern selbst nicht mehr überblickt werden konnte. *„Da wurde so lange optimiert, Derivate gebastelt, Investmentstrategien auf Basis eindrucksvoller mathematischer Formeln erfunden, bis keiner mehr wusste, was passiert, wenn sich eine der Rechengrößen plötzlich massiv verändert.“* Als krisenhafte Störungen auftraten, gelangen denn auch keine wirksamen Gegenmaßnahmen. Bis heute ist umstritten, ob es nicht besser gewesen wäre, die Pleite des Bankhauses Lehman Brothers zu verhindern – oder ob umgekehrt wesentlich mehr Insolvenzen nötig gewesen wären, um die Fehlentwicklungen auszumerzen.

Seit der Bankenkrise erheben Experten immer wieder die Forderung nach größerer Resilienz der Systeme, von denen die Wirtschaft abhängt – auch ein Teilnehmer der Arena Analyse 2014 hält fest: *„Ein stabiles System braucht Reserven. Es braucht Lager und freie Ressourcen für Notfälle. Wenn alles nur auf den Steady state dimensioniert ist, dann kann eine kleine Schwankung zu eskalierenden Effekten führen.“*

Das Halten von Reserven und freien Ressourcen bindet aber Kapital und verursacht laufende Kosten. In der Praxis ist es daher für Unternehmen schwer, sich dem Wettbewerbsdruck zu entziehen, der stets in die Gegenrichtung drängt. *„Wer kann es sich leisten, etwa bei der Software-Entwicklung länger zu brauchen, um eine stabile und sichere Anwendung abzuliefern, wenn der Erste am Markt in der Realität gewinnt? Wird nicht jedes Unternehmen an der Börse abgestraft, wenn es in Ausfallsicherheit investiert, statt Dividenden abzuliefern?“*

Weil der Aufbau von Reserven in der Infrastruktur im Wettbewerb Nachteile bringt, sehen die Experten darin eine Aufgabe für die staatliche Regulierung. *„Die Relevanz der strategischen Infrastruktur ist auf staatlicher Ebene zum Glück erkannt worden. Es ist nötig, Systeme absichtlich extra redundant und fehlertolerant zu bauen, trotz der höheren Kosten und sie mit mehr Personal als zwingend nötig betreiben.“*

6. Energiewende oder Energiekrise?

Bei der Auswertung und Clusterung der Beiträge zur Arena Analyse 2014 war es zunächst überraschend, dass das Thema „Energie“ eine so große Rolle spielte. Bei der näheren Betrachtung der zahlreichen Nennungen stellte sich schnell heraus, dass die Energiepolitik tatsächlich gleich vor drei Herausforderungen steht: Das Problem der langfristigen Versorgungssicherheit, die mit der Preisentwicklung und damit der Leistbarkeit von Energie eng verknüpft ist, kann noch lange nicht als gelöst angesehen werden. Zweitens stellt sich die Frage, wie die in Europa halbherzig gestartete Energiewende (Umstieg von fossilen auf erneuerbare Primärquellen) weitergehen soll. Und drittens stellt sich die Kostenfrage auch für die Wirtschaft, vor allem für die im globalen Wettbewerb stehende Industrie.

In der österreichischen Politik war „Energie“ immer Spezial-Materie, die kaum größere Öffentlichkeitswirksamkeit entfaltete und (ähnlich wie „Landwirtschaft“) den Eingeweihten überlassen wurde. Das änderte sich mit der zunehmenden Ökologisierung des Themas und erst recht mit dem Auftauchen des Aspekts der Energiesicherheit. *„Energiesicherheit ist ein zentrales Zukunftsthema, allerdings komplex, und vor allem eng mit außenpolitischen Agenden verknüpft“.*

Die Energiewende wiederum erlebte einen politischen Boom in den Jahren 2011 und 2012, als die Preise für Öl und Gas massiv anstiegen und viele Formen von Alternativenergien plötzlich unerwartet konkurrenzfähig waren. Der Unfall im Kernkraftwerk Fukushima legte zudem nahe, dass auch das Zeitalter der Atomenergie seinem Ende zugehe.

Zwei Jahre später ist der Windkraft-Hype in Deutschland zum Erliegen gekommen und die Forcierung der Biomasse in Österreich wird zur Bedrohung für die Papierindustrie, weil deren wichtigster Rohstoff Holz nicht mehr zur Verfügung steht, sondern in Pelletsöfen landet. Kommt die Energiewende also zum Erliegen oder hat sich die Entwicklung nur nach einem ersten Hype-Zyklus auf ein langsames Tempo eingependelt? Zumindest ein Teilnehmer des Arena-Analyse-Panels ist überzeugt: *„Erneuerbare Energien und dezentrale Energiesysteme werden sich zunehmend am Markt behaupten. Die letzten Verteidigungsgefechte großer, zentralistischer Energiekonzerne und ihrer politischen Verbündeten werden diese Entwicklung zwar verzögern und verteuern, aber nicht aufhalten können“.*

Andere Beiträge weisen indes darauf hin, dass *„die Energieversorgung nur langsam umstellbar ist. Deshalb ist ein längerfristiges Konzept – sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene – von Nöten. Wird nicht in eine verbesserte Energieversorgung investiert, und zwar sowohl in die Energiegewinnung als auch die Speicherung und den Transport, könnte das die Energieabhängigkeit erhöhen“.*

6. Energiewende oder Energiekrise?

Energie ist somit auch als ein außenpolitisches Thema und möglicher Risikofaktor zu betrachten. *„Das Ziel und die politische Richtung müssen daher eine Bewegung zur Europäisierung und Internationalisierung der Energiepolitik sein. Österreich muss sich aktiv an den europäischen Stromnetzen und –börsen beteiligen, um eine sichere und effiziente Energieversorgung zu gewährleisten.“*

Da Österreich gleich in mehrfacher Hinsicht von der Energiewende profitiert (mit dem hohen Anteil an Wasserkraft einerseits und der führenden Rolle bei Pelletsöfen sowie Solartechnik andererseits), werden im öffentlichen Diskurs fast nur die positiven Aspekte der erneuerbaren Energien betrachtet, die Risiken kommen dagegen kaum zur Sprache: *„Die erneuerbare Energie macht Österreich von den externen Wetterfaktoren abhängig, in heißen Sommern gibt es etwa durchaus beträchtliche Einbußen bei der Energiegewinnung durch Wasserkraftwerke. Zudem wird erneuerbare Energie stark gefördert, wenn dies über einen langen Zeitraum der Fall ist, verfälscht es den freien Wettbewerb und es können durch den mangelnden Wettbewerb höhere Preise entstehen, die in Folge auf die Endkunden abgewälzt werden“.*

Zwar empfehlen die Experten nach weitgehend übereinstimmender Ansicht, am Ausbau der „grünen“ Energiegewinnung festzuhalten, sollten sogar *„Prioritäten der österreichischen Energiepolitik sein, allerdings sollen auch die Konsequenzen besser bedacht werden, die Umstellung nachhaltiger sein und der freie Wettbewerb nicht beeinträchtigt werden“.*

Denn in der öffentlichen Diskussion ist noch zu wenig klar geworden, dass es nicht einfach nur um ein wenig mehr Vielfalt bei den Energiequellen geht, sondern *„tatsächlich darum, das komplette Energie- und Mobilitätssystem von fossil wegzubringen. Dabei wird es aber auch Verlierer geben.“* Mit einem offenen Herangehen an das Thema könnten aber viele bisher ungenutzte Chancen realisiert werden: *„Österreich sollte sehr offensiv zum Innovationsführer zu werden bzw. Nischen aufbauen – etwa bei intelligenten Steuerungssystemen.“*

Auf europäischer Ebene müssen die Strategien bei gleicher Prioritätensetzung anders konzipiert werden. Denn zum einen ist eine langfristige Sicherung der Energieversorgung nur im europaweiten Kontext möglich. Zum anderen erfordert die internationale Perspektive einen flexiblen Umgang mit österreichischen Besonderheiten: *„Die Europäische Union wird die nukleare Energiegewinnung und somit die Atomkraftwerke nicht abschaffen. Dadurch ist es, durch die zunehmende Vernetzung der Strombörsen sowie Energie-Transportsysteme, unmöglich, die Atomenergie aus österreichischen Stromnetzen fern zu halten. Der tief verwurzelten österreichischen Ablehnung von Atomenergie zum Trotz darf eine realistische Zugangsweise zur Energiethematik darum nicht fehlen, und dieser Realismus bedeutet, dass man sich in Österreich damit abfinden muss, dass auch Atomstrom durch die heimischen Netze fließt.“*

Eine zusätzliche Herausforderung entsteht durch den Streit um die Förderung von Schiefergas. *„Die Amerikaner haben sich für die breite Nutzung von Schiefergas als Energieressource entschieden, obwohl die Techniken und vor allem die Sicherheitsanforderungen für die Umwelt noch nicht in vollem Umfang gelöst sind. Die daraus resultierenden Konsequenzen für Europa sind aber bisher nicht in einer konsequenten Form gezogen. Bisher reduziert sich die Debatte im Wesentlichen auf die Ablehnung von Schiefergasnutzung in der EU.“*

Die Entscheidung der USA für Schiefergas wird auf lange Zeit der amerikanischen Industrie weit billigere Energiekosten beschere als ihren europäischen Konkurrenten. Zudem kann die Großmacht mittelfristig ihrem Ziel der Energie-Autarkie – also der weitgehenden Unabhängigkeit von Erdöl und Erdgas aus den Golfstaaten und den Krisenländern des arabischen Raums – sehr nahe kommen. Beides sind unangenehme, weil von Europa kaum beeinflussbare Entwicklungen, die aber gerade deshalb diskutiert werden müssen: *„Was bedeutet eine wachsende Preisspreizung zwischen europäischen und amerikanischen Energiepreisen für unser Wachstum? Welche Konsequenzen ergeben sich für die europäische Sicherheitspolitik, wenn das amerikanische Interesse im Golf massiv zurückgeht? Welche Auswirkungen wird das alles auf die Klimapolitik haben?“*

Ein anderer Beitrag hält die Sorge vor wirtschaftlichen Verwerfungen durch stark unterschiedliche Energiepreise für übertrieben: *„In der Diskussion über Energiepreise wird oft auf ein notwendiges ‚Level Playing Field‘ verwiesen, weil nur so die Wirtschaft mit anderen Weltgegenden konkurrenzfähig bleiben könnte. Dies ist allerdings eine Illusion. Europa sollte sich weder bei seinen sozialen Errungenschaften an Südostasien oder Nordamerika orientieren, noch bei ökologischen Vorgaben. Österreich und Europa werden auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, wirtschaftliche Prosperität und soziale Inklusion mit einem deutlich verminderten Ressourcen- und Energieeinsatz zu erreichen. Dies wird allerdings nicht von alleine passieren. Hierfür müssen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen“.*

Investitionen in Energieeffizienz dürfen angesichts der Kostendiskussion nicht in den Hintergrund rücken – sie sind im Hinblick auf den Klimaschutz ohnehin dringend erforderlich. *„Auch hier braucht es einen tatsächlichen Systemwandel, eine gesellschaftliche Transformation. Dies ist auch vor dem Hintergrund notwendig, dass unser Konsumverhalten und unsere Lebensstile weit über die Grenzen Österreichs und der EU hinausstrahlen“.*

Bahngüterverkehr

Fragen der Energie hängen eng mit Fragen des Verkehrs zusammen, weshalb es nur folgerichtig scheint, dass die starken Veränderungen im europäischen Bahngüterverkehr in diesem Zusammenhang ebenfalls

6. Energiewende oder Energiekrise?

diskutiert werden. Durch die EU-weite Politik des Wettbewerbs auf einer (als natürliches Monopol weiterhin verstaatlichten) Schieneninfrastruktur wurden Entwicklungen ausgelöst, die – großteils unbemerkt von der Öffentlichkeit – die Transportlogistik grundlegend verändern werden.

„Der Marktanteil der Schiene am Güterverkehr nimmt kontinuierlich ab. Er wird sich mittelfristig zwischen 10% und 20% einpendeln. Das bedeutet vor allem massive Verluste in den osteuropäischen Ländern, wo derzeit noch über 30% der Güter auf der Schiene transportiert werden.“

Falls diese Prognose eintritt, werden kleinere Eisenbahngesellschaften in diesen Ländern in Schwierigkeiten geraten oder aber gänzlich vom Markt verschwinden. Es ist aber keineswegs klar, dass deren Marktanteile auf große Anbieter übergehen – eher scheint eine Substitution durch LKW plausibel. Damit droht eine Entwicklung, die genau in die Gegenrichtung aller politischen Zielformulierungen weist: Während in Westeuropa der Bahngüterverkehr in absoluten Zahlen zunimmt und lediglich prozentuell zurückgeht, weil der LKW-Verkehr noch schneller wächst, könnte hier tatsächlich eine Verlagerung von der Schiene auf die Straße drohen.

Schuld an dieser drohenden Entwicklung sind falsche Anreize, die von der EU-weiten Liberalisierung des Schienenverkehrs ausgehen: *„Die Liberalisierung des Bahngüterverkehrs hat den Wettbewerb auf der Schiene erhöht. Damit tobt eine Preisschlacht um jene Güter, die derzeit schon zu fast 100% Bahn fahren (Erze, Kohle, Mineralöle, Chemie, Schwer- und Großstahl, Container). Der starke Preisdruck in einem Segment, wo die Bahn ohnehin dem LKW überlegen ist, engt aber den Spielraum bei jenen Transportdienstleistungen ein, bei denen die Konkurrenzfähigkeit der Bahn gegenüber dem LKW eigentlich unterstützt werden müsste: Kleine Sendungen (Wagen oder Wagengruppen), unpaarige Verkehre (Leerwaggons zurück) und entlegene Regionen (Nebenbahnen) werden teurer. Diese stehen jedoch im Wettbewerb mit dem Lkw, an den sie erheblich verlieren“.*

In Summe werden deshalb nur einige Große unter Europas Bahngüter-Unternehmen überleben, *„außerdem ein paar kleine, die in Partnerschaft oder Eigentum der Großen agieren. Fast alle bauen jedoch auf die Grundstoffindustrie auf, die tendenziell zurückgeht“.*

Die schlechte Nachricht für die Energie- und Klimapolitik lautet daher: *„Der Bahn-Güterverkehr wird sich entgegen allen umweltpolitischen Zielsetzungen bei einem Anteil zwischen 10 und 16% einpendeln. 84-90% des Transportverkehrs werden auf der Straße erfolgen. Die Einsparungen in CO₂-Emissionen durch neue Lkw-Emissionsstandards (Euro7) werden durch die Zunahme des Verkehrs wieder mehr als wettgemacht.“*

7. Die Ausweitung der infrastrukturellen Macht

Ein großer Cluster innerhalb der Ergebnisse der Arena Analyse 2014 umfasst Entwicklungen, die mit der Informationstechnologie zusammenhängen. Es geht um die Möglichkeiten von „Big Data“ ebenso wie um deren Missbrauch, um das völlige Versagen von Datenschutz angesichts der Überwachungstechnologien der NSA, um die Veränderung des Konzept der Privatsphäre in Zeiten von Facebook einerseits und der Allgegenwart von Überwachungskameras andererseits. Das Cyberthema hat sich mittlerweile zu einem Megathema entwickelt, schreibt ein Teilnehmer, das noch lange nicht zu Ende sein wird, weil insbesondere bisher keine realistische Lösung in Bezug auf potenziellen Datenmissbrauch, Geheimdienstpraktiken und die Kommerzialisierung von Datenweitergaben absehbar ist. Das Spannungsfeld Datenschutz und Bürgerrechte versus Sicherheit und Kontrolle harrt ebenfalls auf brauchbare Lösungen.

Das wichtigste Merkmal der „modernen Cybersociety“, wie sie ein Experte der Arena Analyse 2014 nennt, ist die völlige Abwesenheit von Freiräumen, in denen keine Kontrolle und keine Überwachung möglich wäre. Die Alpträumvision von George Orwells „1984“ ist damit in einem Ausmaß real geworden, die alle Vorstellungen des ehemals utopischen Romans weit übertrifft: *„Es wird in der modernen Cybersociety keine Verstecke mehr geben und deshalb auch keinen Raum, in dem wirklich frei assoziiert und kommuniziert werden kann. Meinungsfreiheit bedeutet künftig nicht mehr einfach, dass jeder alles sagen und hören darf. Sie muss um einen wichtigen Aspekt erweitert werden, nämlich die Möglichkeit, sich abzuschotten vom Zugriff auf die Privatsphäre.“*

In einem anderen Beitrag wird auf die Hilflosigkeit angesichts weltweit hoch entwickelter Überwachungstechniken verwiesen, die den Betroffenen nur noch das Ausweichen in die Satire ermöglicht. *„Der Satz ‚Ich bin hoffentlich wichtig genug um von der NSA observiert zu werden‘ ist zur Standardpointe in Kabaretts geworden.“*

Das Phänomen, das hier beobachtet wird und dem voraussichtlich eine weitere Eskalation bevorsteht, kann unter Rückgriff auf einen vom britischen Soziologen Michael Mann geprägten Begriff als „exponentielle Ausweitung der infrastrukturellen Macht“ beschrieben werden. Die „infrastrukturelle Macht“ ist laut Mann eine von zwei Formen der staatlichen Gewaltausübung, die andere bezeichnet er als „despotische Macht“. Während despotische Macht Diktaturen oder absolutistische Staatsgebilde kennzeichnet, üben liberale Demokratien ihre Kontrolle über die Bürgerinnen und Bürger typischerweise mit Hilfe infrastruktureller Macht aus. Despotische Macht ist unmittelbar und unbegrenzt in ihrer Wirkung auf die Betroffenen, dafür ist es relativ leicht, sich ihr zu entziehen, zum Beispiel durch physische Abwesenheit. Die Untertanen mittelalterlicher Fürstentümer waren der Willkür ihrer Herrscher wehrlos

7. Die Ausweitung der infrastrukturellen Macht

ausgeliefert, bis hin zur Verfügung über Leib und Leben. Sie konnten dem aber entgehen, indem sie zum Beispiel die Hauptstadt mieden, sich auf einsame Landgüter oder in Klöster zurückzogen, oder aber ins Exil gingen.

In liberalen Demokratien hat niemand absolute Macht über einen anderen, jedermann unterliegt der Kontrolle durch Gesetze, Justiz und Öffentlichkeit. Dafür ist es so gut wie unmöglich, den bürokratischen Kontrollsystemen zu entgehen – niemand kommt um die Registrierung bei Steuer und Krankenkasse herum, Meldewesen Schulpflicht und soziale Fürsorge bewirken von frühester Kindheit an, dass staatliche Stellen den Lebensweg eines Menschen mitverfolgen.

Der Einfluss, der von solchen infrastrukturellen Systemen ausgeht, wird so sehr zur Gewohnheit, dass ihn die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr wahrnehmen. Das Ausmaß der Abhängigkeit wird jedoch schlagartig sichtbar, wenn Fälle von Missbrauch auftreten, in denen Menschen durch die gnadenlose Logik der Systeme zu Opfern werden – oder wenn sich das Gesamtniveau der infrastrukturellen Macht ruckartig erhöht. Beides ist in der jüngeren Vergangenheit passiert: Beispielsweise wurde ein Schüler verhaftet, weil er auf Facebook postete: *„Wenn ich noch mehr solcher Freundschaftsanfragen kriege, laufe ich Amok.“* Ähnliches kann jedermann passieren, der etwa in einer SMS schreiben würde: *„Morgen lasse ich die Bombe platzen“*, oder der scherzhaft im Email einen Freund als *„du alter Terrorist“* oder *„du verkappter Taliban“* bezeichnet.

Speziell programmierte Überwachungscomputer reagieren auf solche Reizwörter und setzen Maßnahmen der Sicherheitskräfte in Gang – das wurde im Zuge der Berichte über solche Auswüchse bekannt und damit der Öffentlichkeit erst so richtig klar, welches Ausmaß die technisch mögliche Überwachung bereits erreicht hat: Jedes Telefonat, jedes Email, jede Kreditkarten-Abbuchung, jede Fahrt mit der U-Bahn werden elektronisch registriert. Sogar das Handy von Angela Merkel wurde abgehört. Programme können jederzeit das Internet-Surfverhalten irgendwelcher, beliebiger User analysieren, ohne dass diese je davon erfahren. Aus diesen Daten lassen sich leicht Persönlichkeitsprofile erstellen – der Online-Versandhandel tut das sowieso, allerdings beschränkt auf spezielle Kauf-Vorlieben. Aber wer sollte Unternehmen davon abhalten, künftig solche Dossiers über Job-Bewerber von den Big-Data-Konzernen wie Google oder Microsoft anzufordern? Ist überhaupt geklärt, ob solche Formen der nichtinvasiven Überwachung tatsächlich verboten sind, wie es das laienhafte Rechtsempfinden vermuten würde? Und wenn ja, wie sollen solche Verbote je durchgesetzt werden, wenn die entsprechenden Daten in Servern auf Offshore-Standorten gespeichert und damit dem Zugriff staatlicher Behörden entzogen werden? Ganz zu schweigen davon, dass es ja bisher gerade die staatlichen Behörden waren, die als erste die neuen Überwachungsmöglichkeiten genutzt haben.

Es kommt also nicht überraschend, wenn ein Teilnehmer der Arena Analyse 2014 schreibt: *„Das für mich zentrale Thema der nächsten Zeit ist die Frage nach einer Medien- und Kommunikationspolitik im 21. Jahrhundert. Wie kann eine intellektuell und strategisch zeitgemäße Medien- und Kommunikationspolitik in Zukunft aussehen? Der geopolitische Einsatz der elektronischen Kommunikationsmittel, überwiegend im Dienste des geheimdienstlich-militärischen Komplexes, macht es nötig, den jeweiligen Stellenwert von ‚Öffentlichkeit‘ und ‚Privatheit‘ zu diskutieren. Dazu gehört auch die Bildung von Wissens- und Datenkonzernen in den USA (Google, Facebook, Twitter etc.), denen die europäischen Nationalstaaten und ihre Ökonomien wie auch der europäische Staatenverbund einstweilen nichts entgegenzusetzen haben.“*

Gefordert ist hier zunächst paradoxerweise eine weitere Investition in den Aufbau einer Daten-Infrastruktur, meinen mehrere Experten in der Arena Analyse 2014, und zwar deshalb, weil nur so die Abhängigkeit von Quasi-Monopolen in den USA oder China vermieden werden kann. *„Die USA haben einen beeindruckenden Komplex aus NSA und kalifornischer Ideologie geschaffen, in China entstehen Monopole und Wettbewerber ganz eigener Art – darauf müssen in Wien, Berlin oder Brüssel Antworten gegeben werden.“*

Gegen die wachsende Sorge vor unerwünschtem Eindringen in die Privatsphäre wird eine simple Verbesserung des Datenschutzes nicht genügen. Die Abhörskandale haben gezeigt, dass Vorschriften in einzelnen Staaten wirkungslos gegen das Vorgehen von Geheimdiensten sind und dass Gesetze die einmal geschaffenen technischen Möglichkeiten nicht mehr aus der Welt schaffen können. Nötig sind deshalb umfassende Opting-Out-Möglichkeiten sowie die Definition eines Rechts auf Freiräume: *„Ich muss temporär aussteigen können, ohne durch Sozial- oder Gesundheitssysteme wieder hineingezwungen zu werden.“*

Konsequent umgesetzt würde eine solche Forderung viele bisher als notwendig angesehene bürokratische Verwaltungsmaßnahmen unmöglich machen. Allein auf Österreich umgelegt: Was würde passieren, wenn ein großer Teil der Sozialversicherten sich dem Gesundheits-Datensystem ELGA verweigert, wenn Steuerzahler verlangen, dass ihr Akt nur in Papierform abgelegt, aber nirgendwo elektronisch gespeichert wird, wenn Menschen im Sinne des zivilen Widerstands keine Personenstandsmeldungen mehr abgeben?

Solche Formen des Protests würden die Freiräume von Bürgerinnen und Bürgern erhöhen, zugleich aber die faire Eintreibung von Steuern erschweren, Effizienzpotenziale im Gesundheitswesen verschütten und die Verfolgung von Verbrechen erschweren – sie wären also Befreiungsschläge, aber keine Lösungen. Die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit hat sich durch das simple Auftauchen neuer Technologien verschoben und muss von der Politik neu eingerichtet werden – eine Herausforderung, der sich

7. Die Ausweitung der infrastrukturellen Macht

die Verantwortlichen noch nicht gestellt haben: *„Die Politik überlässt den Social Networkern das gesamte Feld der elektronischen Kommunikation. Ungestraft wird gescreent, dokumentiert, geheimdienstlich ermittelt, klare Verstöße gegen das Recht bleiben ungeahndet, alle möglichen sogenannten ‚Behörden‘ können ungestraft die Freiheitsrechte des einzelnen mit Füßen treten.“*

Die Lösung der hier aufgetretenen Probleme ist umso dringender, als bereits die nächste technische Revolution bevorsteht: *„In absehbarer Zeit wird auch das Thema elektronische Steuerung des Menschen an Bedeutung gewinnen: neurologische Implantate, Nervenstimulatoren, etc. werden neue medizinische Möglichkeiten eröffnen und zugleich eine Fülle neuer Gefahren für die Selbstbestimmung des Individuums mit sich bringen.“*

8. Globale Fragen

Die Liste jener Probleme, die sich nur global lösen lassen, ist ebenso lang wie beständig: Klimawandel, Entwicklungsgefälle, Armut-Migration, Ausbeutung natürlicher Ressourcen, bewaffnete Konflikte – nirgendwo sind Verbesserungen in Sicht. Im Gegenteil: Mit wachsender Weltbevölkerung werden sich die Schwierigkeiten noch weiter steigern. *„Das Wachstum der Weltbevölkerung stellt für sich schon ein Problem dar“*, heißt es in einem Beitrag zur Arena Analyse 2014, *„innerhalb der Lebensspanne einer einzigen Generation ist sie auf mehr als das Doppelte angewachsen.“* Tatsächlich lag die Weltbevölkerung 1960 bei 3 Milliarden Menschen, derzeit sind es knapp 7 Milliarden, bis 2050 wird ein weiterer Anstieg auf 9 Milliarden prognostiziert, womit sich die Dynamik im Vergleich zu den letzten 50 Jahren zwar verlangsamt, doch der Zuwachs immer noch bei 30 Prozent liegt. *„Ist es vorstellbar, dass 2 Milliarden zusätzliche Menschen in Megastädten Unterkunft finden ohne einen gesellschaftlichen Zusammenbruch zu verursachen?“*

Offensichtlich steht einer Lösung der gegenwärtigen und zukünftigen globalen Probleme die Tatsache entgegen, dass es in einer Welt der unterschiedlichen Kulturen nahezu unmöglich ist, weltweiten Konsens über Maßnahmen von weltweiter Relevanz zu finden: *„Die 7 Milliarden unserer Spezies sind auf 200 teils sehr unterschiedliche Staaten mit ebenso unterschiedlichen Lebensbedingungen aufgeteilt. Das ist die Folge unserer Geschichte, die von den einzelnen Staaten mehr oder weniger unterschiedlich gesehen wird. Das bedeutet entsprechend trennende Geschichtsbilder und aktuelle Interessenkonflikte.“*

Dennoch drängt sich die Notwendigkeit, Lösungen global zu denken, derart drängend auf, dass sogar Immanuel Kants altherwürdige Idee einer Weltregierung als Vorschlag in der Arena Analyse 2014 wieder auftaucht, und zwar in Form eines „Weltmanagements“, das Computermodelle für die konkreten Auswirkungen einzelner Maßnahmen als Grundlage nimmt und davon weltweit akkordierte Entscheidungen ableitet. *„Wir brauchen eine Vision, die dem Vielstaatensystem eine alle verbindende Ordnungsgrundlage geben könnte. Die wichtigsten Aufgaben, die auf die Menschheit zukommen, (Energie, Wasser, Klima, Sicherheit etc.) müssten von einem Weltmanagement übernommen werden, das auf entsprechende Art und Weise konzipiert, geplant und organisiert und nach demokratischen Regeln eingesetzt wird. Ein solches Unternehmen wäre wohl nur mit Hilfe von Artificial Intelligence möglich. Würde es der derzeitige Wissenstand erlauben, Computerprogramme für ein Weltmanagement zu erarbeiten?“*

Abseits solcher Utopien muss jedenfalls die Politik in Österreich und in Europa daran erinnert werden, dass weltweite Entwicklungen und weltweite Konflikte nicht an der Grenze halt machen. *„Die Debatte, welche Rolle Europa in einer globalisierten Welt spielt, muss aktiv geführt werden –*

mit allen Konsequenzen.“ Zu diesen Konsequenzen gehört etwa die Bereitschaft, nationale Interessen zugunsten einer europäischen Außenpolitik zurückzustellen, oder die Frage zu klären, ob Europa in internationalen Konflikten auch militärisch eingreifen will und kann.

Denn auch die Rolle der USA als Weltmacht könnte ins Wanken geraten. Das Tempo der Entwicklung in den Schwellenländern wird deren globale Bedeutung früher oder später anwachsen lassen. Lediglich die innere Schwäche aufgrund mangelnder politischer Stabilität stellt hier ein Hindernis dar. *„Wenn es den Schwellenländern gelingt, ihre Interessensunterschiede stärker anzunähern, dann sind sie in Summe allein schon wegen der Bevölkerungszahl diejenigen, die die Welt zunehmend dominieren werden.“*

Die österreichische Politik ist spätestens dann betroffen, wenn die weltweiten wirtschaftlichen Ungleichheiten in offen ausgetragene Konflikte umschlagen: *„Es wird eine neue Umverteilungsdiskussion zwischen Nord und Süd entstehen. Diese Auseinandersetzungen werden auch radikaler werden bis hin zum Gebrauch von Gewalt. Über den Weg von Migrationsströmen einerseits und Terroranschlägen andererseits werden auch die scheinbar friedlichen Länder Europas betroffen sein. Es wäre eine Hauptaufgabe von Politik, diese Debatte proaktiv zu führen und damit Eskalationen zu verhindern.“*

Leider gehört die Außenpolitik bisher nicht zu den Stärken Österreichs. Das liegt ganz praktisch daran, dass mit Initiativen in diesem Bereich kaum Wählerstimmung zu machen sind, hängt aber ebenso mit dem immer noch wirksamen Selbstbild zusammen – *„Österreich sieht sich als neutraler Staat, der in globalen Konflikten keine Partei ergreift, aber als neutraler Vermittler stets zur Verfügung steht“*. Doch dieses Image ist nur mehr in der Innensicht gültig. In der internationalen Wahrnehmung wird Österreich mehr und mehr schlicht übersehen, einfach weil von hier nie Initiativen ausgehen oder Positionen bezogen werden. *„Statt sich als außenpolitischer Player zu etablieren, wie dies einem kleinen Staat durchaus gelingen kann, siehe das Beispiel Luxemburg, zeigen Österreichs Politiker immer weniger Interesse an europäischen oder gar internationalen Entwicklungen. In vielen Agenden orientiert Österreich sich an Deutschland, eigener Input findet nur in wenigen Bereichen statt. Dabei hätte Österreich, als Sitz zahlreicher internationaler Organisationen und Austragungsort vieler Konferenzen, durchaus die Fähigkeit, als international respektierter Staat Akzente zu setzen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum vermehrt Genf als Ort von wichtigen Friedensgesprächen und internationalen Verhandlungen gewählt wird, gibt es in Wien doch die gleichen infrastrukturellen Voraussetzungen. Allerdings beweist die Schweiz ein größeres Engagement, als internationaler Konferenzort wahrgenommen zu werden. Österreich sollte sich daher wieder vermehrt dafür einsetzen, als Austragungsort internationaler Verhandlungen gewählt zu werden.“* In diesem Zusammenhang hinterließ

natürlich auch der Abzug der Friedenstruppen vom Golan ein negatives Bild, der „*dem internationalen Ansehen Österreichs beträchtlich geschadet hat*“.

9. Wo bleibt das Positive?

Wenn Experten danach gefragt werden, ob sie Entwicklungen beobachtet haben, die der breiten Öffentlichkeit noch entgangen sind, dann fallen ihnen zwangsläufig zunächst eher die Gefahren als die Chancen ein. So wie Medien aus ihrer inneren Logik heraus häufiger über Katastrophen und Krisen berichten als über glückliche Fügungen, so filtert auch der Blick in der Zukunft unweigerlich die negativen Aspekte. Schließlich sind es ja die Probleme und nicht die ohnehin funktionierenden Lebensbereiche, mit denen sich Politik und Zivilgesellschaft bevorzugt auseinandersetzen müssen. Es ist daher sowohl erklärlich als auch vernünftig, dass die Analyse der wichtigen Issues vor allem Risiken zutage fördert.

Für die jährliche Arena Analyse ergab sich aus diesem Effekt allerdings stets eine Schlagseite ins Düstere, die Berichte der letzten Jahre lesen sich wie eine Auflistung von Weltuntergangsszenarien. Um diese Einseitigkeit etwas auszugleichen, wurde diesmal der sonst unveränderte Fragenkatalog um einen Punkt erweitert, nämlich einer expliziten Frage nach positiven Entwicklungen, nach Issues, die zu Optimismus Anlass geben.

Ein Teil dieser positiv gefärbten Beobachtungen floss bereits in die einzelnen Kapitel ein, wenn sie dort thematisch verankert sind. Darüber hinaus blieb aber eine Liste, die hier in alphabetischer Reihenfolge unkommentiert gleichsam als „Happy End“ wiedergegeben werden soll.

Außenpolitik

„Es sind zunehmend Bestrebungen wahrnehmbar, das Außenministerium in Richtung der Außenwirtschaftspolitik aufzuwerten. Dies kann als positives Signal wahrgenommen werden, dass die österreichische Außenpolitik eine internationalere Ausrichtung mit wachsendem Wirtschaftsbezug anstrebt und ihr Image als wirtschaftsfernes Bürokratiekonstrukt ablegen möchte.“

Balkan

„Anlass zu Optimismus gibt die zunehmende politische Einbindung der ‚West-Balkan-Staaten‘ in die europäische Politik. Österreich zeigte schon immer Engagement in den südosteuropäischen Staaten und unterstützt auch aktiv deren EU-Beitrittsambitionen. Sowohl den Beitrittsprozess als auch in Folge den EU-Beitritt der Balkan-Staaten kann Österreich dazu nutzen, eine Vermittlerrolle zwischen den ursprünglichen EU-Mitgliedstaaten und den dann neu hinzugekommenen Staaten einzunehmen. Dieser politische Einsatz könnte Österreichs außenpolitisches Interesse wieder erwecken, sein Profil stärken und auch in anderen Themenkomplexen wieder zu einem höheren Engagement führen.“

Bildung

„Erstmals Positives ist hingegen endlich aktuell im Bereich der Bildung zu erhoffen. Aufgeschreckt durch den Erfolg der NEOS – punkteten im

Wesentlichen mit dem Bildungsthema – sowie durch die massive Berichterstattung und diverse internationale Rankings getrieben, erscheinen nun die beiden Regierungsparteien endlich die absolute Notwendigkeit von grundlegenden Reformen erkannt zu haben.“

Digitale Welt

„Der Wechsel von der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft hin zur Informations- und Wissensgesellschaft schreitet sehr schnell voran. Durch den Preisverfall der Hardware und die neuen, kostengünstigen Formen von Cloud Computing verbreiten sich die neuen Möglichkeiten rasant. Heutige Schüler sind digital natives, welche wohl als einzige in der gegenwärtigen Stakeholder Gemengelage keinerlei Ausbildung oder Anleitung benötigen, um sich sehr rasch mithilfe von digitalen Inhalten und interaktiven Übungen und Tests eine zeitgemäße Art des Lernens und der Zusammenarbeit mit anderen zu erschließen. Es gibt bereits viele gute Beispiele, welche Anlass zum Optimismus geben.“

Diplomatie

„Österreich hat eine intellektuelle Reservearmee, von der Politik und Gesellschaft viel zu wenig Gebrauch machen, nämlich die Diplomaten. Sie sind hoch gebildet und aufgrund ihrer Tätigkeit enorm gut informiert. Wer mit Botschaftern oder Beamten im Außenamt spricht, ist fast immer erstaunt über das Ausmaß an Kenntnissen, das hier über die Schauplätze der Weltpolitik und deren Akteure vorhanden ist. In der Öffentlichkeit schweigen die Diplomaten immer, was schade, aber vermutlich vom Berufsbild erforderlich ist. Es wäre wünschenswert, wenn Politik, Wirtschaft, aber auch Medien öfter diesen Thesaurus anzapfen würden.“

Ethisches Konsumverhalten

„Österreich ist führend, was bewussten Konsum bei Lebensmitteln betrifft, da ist viel passiert. Wenn die Entwicklung so weitergeht, wird als nächstes das Herkunftsbewusstsein bei Textilien gestärkt werden, wodurch enorme Fortschritte möglich wären.“

Innovation

„Österreich ist ein Land der Kreativität, der neuen und alternativen Wege, eingebettet in eine Schnittfläche von Kulturen und geprägt von einer starken Diversifizierung von Denk- und Handlungsmustern. Diese Ausgangssituation bietet ein fruchtbares Feld für das Heranziehen von Neuem, von Innovation bei Produkten und Dienstleistungen, doch in der Kultivierung dieses an sich prosperierenden Bodens liegt noch viel Potenzial. Hier gilt es anzusetzen, um die sich bietenden Chancen in konkreten Nutzen zu wandeln. Vorhandene ‚Leuchtturmprojekte‘ und ‚Leuchtturmpersönlichkeiten‘ müssen als Vorbilder herangezogen werden und wirken, um damit konsequent Innovation nicht nur als nettes ‚Add-on‘, sondern als notwendigen

Wettbewerbsvorteil, ja vielleicht sogar als langfristige (Über-)Lebensstrategie unseres Wirtschaftsraumes zu verankern.“

Optimismus braucht keinen Anlass

„Das zyklische Lebensgesetz gilt: wo es hinunter geht, geht es auch wieder hinauf. Außerdem lassen wissenschaftliche und technische Durchbrüche erwarten, dass die Menschheit über ein unvorstellbar weites Potenzial verfügt. Alles, was wir brauchen sind Visionen, um dieses Potenzial zu nutzen.“

Responsibility

„Mit der Ausweitung der Dritt-Wirkung von Grundrechten auf private Institutionen kann auch die Rechtsdurchsetzung und Rechtssicherheit von Personen erleichtert werden. Erste positive Ansätze in der Ausgestaltung derartiger privatrechtlich geltender Grundrechte finden sich in der CSR-Bewegung und der Vielzahl von Nachhaltigkeits-Gütezeichen.“

Toleranz

„Bevölkerungsgruppen, die früher als Randgruppen marginalisiert und gesetzlich wie auch gesellschaftlich marginalisiert wurden, werden zunehmend als Teil der gesellschaftlichen Normalität wahrgenommen. Das gilt vor allem für Homosexuelle. Integration wird als ein gesamtgesellschaftliches, ressortübergreifendes Thema wahrgenommen und mit frischem Wind belebt.“

Zivilgesellschaft

„Es stimmt optimistisch, dass die Zivilgesellschaft stärker am politischen Prozess beteiligt wird und dazu auch neue Strukturen und Methoden entwickelt. So schließen sich gerade Sozial- und Umweltorganisationen zusammen. Das ist neu, den bisher wurde vor allem vereinzelt sowie mittels Protest und Forderungen gearbeitet. Neu ist auch, dass diese NGOs von den politischen Akteuren eingeladen werden.“

*

„Wir erleben eine neue Art von Bürgergesellschaft, die selbst Politik in die Hand nimmt und im lokalen Bereich und im persönlichen Umfeld in die Umsetzung geht, ohne allzu sehr auf Umsetzung von politischen Parteien zu warten.“

10. So what? Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Der Wert einer Studie wie der Arena Analyse besteht nicht allein im Auffinden und in der Früherkennung relevanter Issues. Ebenso wichtig ist die Frage, ob sich daraus Aufträge für Veränderungen ableiten lassen. „Wie sollen wir mit den gewonnenen Erkenntnissen umgehen?“, lautet also die entscheidende Frage.

Eine große Zahl der beschriebenen Entwicklungen betrifft Unternehmen und wird Auswirkungen auf unternehmerische Entscheidungen haben. Die Betroffenheit hängt dabei stark von der Branche, von der bisher gelebten Unternehmenskultur und von der Exponiertheit gegenüber Umbrüchen in der internationalen Politik ab. Um die Arena Analyse für die eigene Unternehmensstrategie nutzbar zu machen, ist daher ein Prozess nötig, der die auf allgemeiner Ebene identifizierten Issues konkretisiert und zu den Unternehmenszielen in Bezug setzt – wie ein solcher Prozess aussehen kann, ist unten näher beschrieben.

Auf der allgemeingültigen Ebene werden die Entwicklungen in drei Bereichen die größten Auswirkungen entfalten, nämlich die Wertediskussion insgesamt, die bevorstehenden Umbrüche (oder das Ausbleiben derselben) in der EU, sowie die Entscheidung über die Energiewende. Die Unternehmensbereiche, die davon am ehesten betroffen sein werden, sind die Strategie-Abteilung (also das Top-Management), Marketing, Investor Relations und Human Relations.

Umgang mit der Wertediskussion

Der Wunsch nach Wertorientierung und die Suche nach Sinn sind nicht mehr länger Angelegenheiten der Privatsphäre und der Freizeit. Sie werden vielmehr massiv ins öffentliche Leben hineingetragen und überlagern politische Entscheidungen ebenso wie wirtschaftliches Handeln. Sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft umfasst die Forderung, dass Handlungen und Entscheidungen auf Werten basieren müssen, sämtliche Akteure des jeweiligen Systems:

1. Wählerinnen und Wähler verlangen, dass die Politik nicht nur pragmatische Maßnahmen verfolgt (also nicht nur einfach „verwaltet“), sondern längerfristige Ziele vorgibt, für die sich Anstrengungen lohnen.
2. Umgekehrt werden auch die Wählerinnen und Wähler zum Objekt der Kritik, wenn sie populistischen Strömungen nachgeben oder durch ihr Stimmverhalten zum Hindernis für nötige Reformen werden (wie beim Pensionssystem).
3. Im Wirtschaftsleben umfasst der Werte-Imperativ das gesamte Handeln eines Unternehmens (und deckt sich hier über weite Strecken mit den Forderungen nach Nachhaltigkeit und Social Responsibility). Zweitens folgt das Verhalten der Konsumenten immer stärker wertebasierten Zielen. Drittens verwirklichen die Menschen auch als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Wunsch nach Werten und Sinnfindung.

10. So what? Schlussfolgerungen und Empfehlungen

4. Schließlich legen alle Teilnehmer an der Wertediskussion großen Nachdruck darauf, dass diese Werte unabhängig von den traditionellen Ideologien gesehen werden müssen. Verlangt wird somit ein flexibleres oder zumindest neu gedachtes Wertegerüst, das nicht einfach aus Schablonen wie „progressiv“, „links“ oder „konservativ“ abgeleitet werden kann.

Unternehmen können diese Entwicklung für sich nutzen:

1. Keine Angst vor dem modischen Kürzel CSR. Der Gedanke der Responsibility hat selbst einen Hype-Zyklus hinter sich, wurde zudem für PR-Zwecke und Marketing missbraucht, verfügt aber über einen soliden, substanziellen Kern. Es ist nicht notwendig, in den jährlichen Wettbewerb um den schönsten Nachhaltigkeitsbericht einzusteigen, aber es ist unerlässlich, die eigenen Unternehmensabläufe auf Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung hin zu durchleuchten.
2. Hinterfragen Sie Ihre eigene Unternehmenskultur: Sind die Prozesse der Kreativität der Mitarbeiter förderlich? Gibt es unnötige Hierarchien? Gibt es ein System von abgestuften Verantwortungen und Fehler-toleranz, das dazu ermutigt, Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu übernehmen? Gibt es ein Mission Statement oder eine über die bloße Bilanzsumme hinausgehende Vision für die Tätigkeit des Unternehmens?

Diese Fragen klingen auf den ersten Blick verdächtig nach Betriebsräte-Seminar, aber dieser Eindruck täuscht. Der kommende Trend geht ganz sicher nicht dahin, dass alle Unternehmen zu Paradiesen der Sinnfindung werden, wo nur mehr von persönlicher Entwicklung, Work-Life-Balance und Sabbaticals die Rede ist. Im Gegenteil, „Leistung“ und „Fleiß“ gehören sehr wohl weiterhin zu den zentralen Werten. Es lohnt sich allerdings, den aktuellen Status im eigenen Unternehmen herauszufinden, denn so wie auf lange Sicht nur Unternehmen erfolgreich sein werden, die den Wunsch der Konsumenten nach ethisch untadeligen Produkten erfüllen, so werden auch jene Unternehmen erfolgreicher sein, wo die Mitarbeiter im weitesten Sinn „gern arbeiten“.

3. Die höheren Werte-Ansprüche an die Politik ergeben zusammen mit dem Erstarken der Zivilgesellschaft neue Möglichkeiten für Unternehmen, das Umfeld wirtschaftsfreundlich zu gestalten. Zum Beispiel können Unternehmen Initiativen (von Bürgern, von NGOs) unterstützen und so im weiteren Sinn politisch aktiv werden, ohne sich direkt in politische Auseinandersetzungen einmischen oder zu einer einzelnen Partei bekennen zu müssen.

Europa

Unternehmen, vor allem solche mit einem gewissen Maß an Export-orientierung, würden zu den Verlierern gehören, wenn die europäische Integration den Rückwärtsgang einlegt oder die Eurozone gar zerbricht.

Daher sollten Unternehmensstrategen und PA-Verantwortliche die kommende EU-Wahl genau beobachten.

Die Stärkung der europakritischen bis europafeindlichen Parteien, die von den Umfragen vorhergesagt wird, führt mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Verlangsamung des Einigungsprozesses. Nicht so sehr weil das EU-Parlament selbst so großen Einfluss ausübt, sondern weil die EU-feindlichen Strömungen in den Mitgliedsländern stärker werden, die nationalen Regierungen darauf reagieren werden und daher über den Rat die zentrifugalen Kräfte wirksam werden.

Unternehmen können sich darauf einstellen, indem sie ihre eigenen Interessen evaluieren und herausfinden, wo sie selbst am ehesten verwundbar sind. Zum Beispiel können Engagements in Ländern wie Ungarn oder auf dem Westbalkan stärker exponiert werden – dort musste in der Vergangenheit immer wieder die EU zu Hilfe gerufen werden, wenn Investments durch nationale Politik gefährdet waren. Eine Schwächung der EU könnte dazu führen, dass die Einhaltung von Regeln des gemeinsamen Marktes nicht mehr in der gewohnten Stringenz durchgesetzt werden kann.

Schließlich steht und fällt die Zukunft der Union auch mit der Lösung der Migrationsfrage. Hier ist die Wirtschaft insgesamt stärker gefordert sich einzubringen.

Energiepolitik

Die Energiewende betrifft die österreichische Wirtschaft auf zwei völlig unterschiedliche Arten: Zum einen geht es um die Frage, welche Energiekosten die Industrie in Zukunft zu schultern hat, zum anderen steht die weitere Entwicklung der Alternativ-Energie-Branche auf dem Spiel. Die Vorhersagen der Experten der Arena Analyse, auf einen Punkt gebracht, lauten: Die Industrie in Europa wird sich auf Dauer darauf einstellen müssen, höhere Energiekosten als die USA und die asiatischen Staaten zu haben. Die Energiewende als solche wird in verlangsamtem Tempo weitergehen.

Was die konkreten Auswirkungen auf einzelne Branchen betrifft, lässt sich die Entwicklung aber nur schwer abschätzen, weil viele Fragen noch unentschieden sind. Die Situation bietet also Angriffspunkte für konkrete Interessenvertretung sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Die Ziele dafür müssen in den einzelnen Unternehmen, bzw. in den entsprechenden Verbänden oder Interessengemeinschaften erarbeitet werden.

Arena Analyse als Instrument der strategischen Planung

Mit der strategischen Früherkennung, dem Erkennen der anstehenden politischen und gesellschaftlichen Risiken und Chancen, ist ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil verbunden. Informationen über aktuelle und sich anbahnende Veränderungen verbessern die Entscheidungsgrundlagen für eine Beurteilung der Lage. Ziel ist es, den Handlungsspielraum zu schützen

und zu erweitern und überholte Einschätzungen der Situation zu vermeiden.

Das Design der Expertenbefragung dieser Arena Analyse stellt auf das Erkennen aktueller Entwicklungen in der politischen Landschaft ab. Gefragt wurde gezielt nach Auswirkungen dieser aktuellen Veränderungen mit einem Zeithorizont von 4 Jahren. Die Ergebnisse können damit die Basis für die strategische Planung der nächsten Jahre sein.

Idealerweise können für die erkannten relevanten Risiken angemessene Sicherungsmaßnahmen gesetzt und die wesentlichen Chancen erfolgreich genutzt werden. Auf jeden Fall sollten Vorgangsweisen gefunden werden, um diese Veränderungen zu antizipieren. Ein proaktives Vorgehen ist wichtig. Wenn ein Thema erst einmal eskaliert, steigen die Kosten für die Problemlösung sprunghaft an und der Handlungsspielraum schwindet.

Wie also kann ein Prozess für eine Arena Analyse in einem Unternehmen oder in einem Verband aufgesetzt werden?

Management der Chancen und Risiken

Eine maßgeschneiderte Arena Analyse, die konkrete Grundlagen für Unternehmensentscheidungen liefert, muss drei Anforderungen erfüllen:

1. Die Vermessung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfelds im Hinblick auf Vollständigkeit (360°-Rundumblick) sowie Früherkennung
2. Die Gliederung der identifizierten relevanten Issues in Risiken und Chancen
3. Die Bewertung sowohl der Risiken als auch der Chancen nach Eintrittswahrscheinlichkeit und nach Auswirkungen.

Ein solcher Prozess führt im Endergebnis zu einer Prioritätenliste: Welche Risiken müssen gemanagt werden? Welche Entwicklungen müssen beobachtet werden? Welche Chancen sollen ergriffen werden? Wo gibt es die Möglichkeit, weniger bedeutende, aber gleichwohl interessante Chancen im Rahmen der normalen Unternehmenstätigkeit gleichsam „mitzunehmen“?

Dabei müssen immer Expertenmeinungen von außen mit den Beobachtungen und Einschätzungen von Inhouse-Experten, also Mitarbeitern, verschränkt werden. Methodisch sind also zunächst Experteninterviews nötig – wenn nicht eine vorliegende Studie wie diese bereits die entsprechenden Grundlagen liefert. Der zweite Schritt besteht in einem unternehmensinternen Workshop (oder mehreren solchen – je nach Umfang des Prozesses und Zahl der einbezogenen Teilnehmer).

Die Beobachtungen aus dem Inneren des Unternehmens sind besonders wichtig, weil nur so eine realistische Bewertung der Relevanz und der Betroffenheit möglich ist. Zudem zeigt die Erfahrung, dass in den meisten Unternehmen und Organisationen wesentlich mehr an Riskobewusstsein und Kenntnis von Schwachstellen vorhanden ist, als zu Entscheidungsträgern an der Spitze durchdringt. Dieses Wissen ist allerdings nicht immer

einfach zu heben, sehr oft stehen Hindernisse im Weg, die mit internen Hierarchien und eingefahrenen Systemen der internen Kommunikation zusammenhängen. Ein entsprechendes Workshop-Design kann diese Hürden aber überwinden.

Der finale dritte Schritt besteht in der Auswertung der Ergebnisse und Zusammenfassung in Form der erwähnten Prioritätenliste. Daraus können dann auf Ebene der Strategie-Abteilung oder der Unternehmensleitung konkrete Empfehlungen für Management-Maßnahmen abgeleitet und entsprechende Umsetzungspläne erarbeitet werden.

Teilnehmer und Danksagung

Wir danken den Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Justiz, Wirtschaft und ganz allgemein der Zivilgesellschaft für ihre Teilnahme und die hohe Qualität der zum Teil sehr ausführlichen Beiträge.

Die Teilnehmer in alphabetischer Reihenfolge:

Mag. Martin Brandstötter, MSc, Zielwerk

em. Univ. -Prof. Dr. Fritz Breuss, Europaexperte

Dr. Bernhard Drumel, supportingchange

Mag. Alexander Egit, Geschäftsführer Greenpeace in Zentral- und Osteuropa

Dr. Caspar Einem, Vizepräsident Europäisches Forum Alpbach

Dr. Claus Faber, Fachreferent des Zentralbetriebsrats der ÖBB Produktion

Dr. Franz Fischler, Präsident Europäisches Forum Alpbach

Mag. Markus Heingärtner, usetwice

Hans-Olaf Henkel, Senior Advisor bei Bank of America

Dipl.-Ing. Ingmar Höbarth, Geschäftsführer Klima- und Energiefonds

Mag. Thomas Huemer, Pressesprecher Meinl Bank

Dr. Daniel Kapp, Strategic Consulting & Responsible Communication

Brigadier Gerald Karner, Karner Strategie- und Organisationsberatung

Dr. Karl Kienzl, stellvertretender Geschäftsführer Umweltbundesamt

Dr. Johannes Kopf, LL.M., Vorstand AMS Österreich

Mag. Otmar Lendl, nic.at

Thomas Lutz, MBA, Leiter Public Affairs Microsoft Österreich

Prof. Dr. Karl Jurka, Geschäftsführer Dr. Karl Jurka Politik- und Marketingberatung

Mag. Dr. Bernhard Marckhgott, Leiter Public Affairs Raiffeisenlandesbank Oberösterreich

o. Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer, Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät

Dr. Leonard Novy, Institut für Medien- und Kommunikationspolitik

Dr. Willi Nowak, Geschäftsführer Verkehrsclub Österreich

o. Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka, Professor an der Central European University, Budapest

Dr. Ernest G. Pichlbauer, health policy international

Dr. Ronald Pichler, Director External Affairs GlaxoSmithKline Pharma

Mag. Sven Pusswald, Corporate Communications OMV

Mag. Martin Säckl, European Affairs Consulting Group, Brüssel

Mag. Ulrike Schelander-Sertic, diewertstaette e.U.

Mag. Alois Schrems, Resilience Consult

MMag. Agnes Streissler-Führer, Agnes Streissler - Wirtschaftspolitische Projektberatung

Dr. Ingrid Vogl, Präsidentin Public Relations Verband Austria

Dipl. -Ing. Rainer WIELTSCH, ehem. Vorstand ÖIAG

Dr. Anton Wais, ehem. Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Post

em. o.Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan, ehem. Vizerektor der Universität für Bodenkultur Wien

Mag. Werner Wutscher, MBA, New Venture Scouting

Dr. Hans Zeger, Geschäftsführer e-commerce monitoring

Autoren

Walter Osztovcics

ist Politikberater und Partner von Kovar & Partners. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Politikjournalist, war Redakteur bei der Wirtschaftswoche und bei den österreichischen Zeitungen Kurier, Format und Wochenpresse.

Andreas Kovar

ist Partner von Kovar & Partners und seit vierzehn Jahren als Public Affairs-Berater für europäische und internationale Unternehmen tätig. Seine profunden Kenntnisse der Politik sammelte er als politischer Berater im österreichischen Nationalrat und im Europäischen Parlament.

Mag. Cornelia Mayrbäurl

ist Senior Consultant bei Kovar & Partners. Sie studierte in Salzburg, Bologna und Buenos Aires Geschichte sowie internationale Politik und Wirtschaft. Politische Erfahrung sammelte sie als Pressereferentin im österreichischen Nationalrat und als Journalistin, die aus dem In- und Ausland u.a. für die österreichischen Zeitungen Kurier sowie Die Presse, für die NZZ am Sonntag und für Focus berichtete.

Kovar & Partners
Dorotheergasse 7, A-1010 Wien
Tel.: +43 (0) 1 / 522922 0
www.publicaffairs.cc

Kovar & Partners ist ein Unternehmen
der Public Affairs Alliance
Wien – Berlin – Brüssel – Zürich
www.pa-alliance.com